

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

124 (30.5.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postschalter monatl. 1,80 M., vierteljährl. 5,00 M., zugestellt durch unsere Träger monatl. 40 M., vierteljährl. 1,20 M.; durch die Post 1,44 M. bezw. 4,32 M. vorauszahlbar. Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 1/28-1/31 und 2-1/28 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelleise od. deren Raum 25 A, zuzügl. 80 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestelle 1/28 vorm. für größt. Aufträge nachm. zuor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Bittere Enttäuschung.

Aus Versailles wird uns geschrieben:

Der Abgeordnete Paul Mirral, Mitglied der Internationalen Kommission, die im Auftrag des internationalen sozialdemokratischen Büros eine Studienreise durch Deutschland unternimmt, schreibt in der „Gumonte“ vom 20. Mai unter der Überschrift „Bittere Enttäuschung“:

Ob man ihn in seine territorialen, in seinen wirtschaftlichen oder in seinen finanziellen Klauseln unterwirft, wird der Friedensvertrag, soweit wir ihn durch das Schicksal, das uns gegeben wurde, kennen, den Völkern eine bittere und schreiende Enttäuschung bereiten. Wenn er genau durchgeführt wird, wird grundsätzlich nichts an dem Regime geändert werden, unter dessen Last Europa zusammenbrach. Der Vertrag verringert keineswegs die Gefahr eines künftigen Krieges; er bereitet weder die Entspannung, noch die Entlastung der Geister vor; er verweigert vielmehr die Gegenstände und das System der Klüftung.

Die Vormundschaft Frankreichs über das Saarbecken, verflüchtigt durch eine Volksbefragung zwecks Annexion dieser Gegend in Frankreich, wird nicht berichtigt, ständige Wahlen und Streikgesetze hervorzurufen.

Die Besetzung des linken Rheinufer wird Frankreich nötig, die allgemeine Wehrpflicht und eine starke Armee aufrechtzuerhalten. Während das Land aus allen Adern gesaugt hat, während unsere produktiven Kräfte auf ein Minimum herabgedrückt sind, während alle Energien der Nation kaum genügen dürften, um unsere Ruinen wieder aufzubauen und die wirtschaftliche Tätigkeit wieder zu beleben, werden Hunderttausende von jungen Menschen eine kostbare Zeit damit vergeuden müssen, eine wenig glänzende Rolle zu spielen. Aber das wird die Aufrechterhaltung brillanter Städte, zahlreicher Offiziere gestatten, sowie die Sicherheit neuer Verdienste für die Lieferanten und Lieferanten von Kriegsmaterial. Der französische Militarismus wird den deutschen erziehen, und die militärischen Ausgaben werden auf einen bereits sehr belasteten Etat noch mehr drücken.

Andererseits wird die 15jährige Anwesenheit des Slogers in den deutschen Städten das sicherste Mittel sein, die traurige Erinnerung an den Krieg immer noch zu halten. Sie wird nicht verhindern, den Haß gegen den Eindringling und den Hochverrat zu schüren. Sie wird eine ständige Ursache von Zwischenfällen sein, die die Interessen haben könnten.

Das Interesse Frankreichs, wie auch das des Weltkriegs, besteht darin, das man andererseits die für die Durchführung der Klauseln des Vertrages nötigen Garantien suche. Diese Garantien bestanden in einem Völkerbund, der nicht ein Bund der siegreichen Staaten, sondern der organisierte Bund aller Völker in der internationalen Solidarität gewesen wäre. Die Macht aller für die Aufrechterhaltung des Friedens vereinigten Nationen und die wirtschaftlichen Zwangsmittel, über die die Welt verfügt, hätten es weit besser ermöglicht, die Achtung der Verpflichtungen zu erzwingen und die kriegerischen Geister zu unterdrücken.

Das war der Gedanke des Präsidenten Wilson. Das war der durch den internationalen Sozialismus ausgedrückte Willen. Das war die Lösung, die alle Völker erwarteten, welche zu dauerhafter Gerechtigkeit und denen man einen dauernden Frieden und das Ende der Klüftung versprochen hatte.

Die kapitalistischen Regierungen haben es nicht gewollt. Sie haben nicht verstanden, dem Trübe der Imperialisten und der Militärs zu widerstehen. Sie haben nicht jede Chance benutzt, die ihnen wolle, neuerdings die Vorkriegs- und Antriebe des Imperialismus im Wute erschließen zu können. Sie haben in die Klauseln des Vertrages sichere Steine zu neuen Kriegen hineingebracht.

Was zuerst auffällt, ist die Dauer der wirtschaftlichen Klüftung, die die Entente Deutschland auferlegen gedenkt. Ich glaube nicht, daß im Laufe der Geschichte ein Sieger jemals für eine so lange Zeit so schwere Verpflichtungen vom Besiegten erzwingen hat. Um die Bezahlung dieser Schulden und die Ausführung der auferlegten Bedingungen zu sichern, ist die Bezahlung mit all ihren Kosten und all ihren Gefahren von Konflikten der viel sichereren Wirkung eines wirklichen Völkerbundes vorgezogen worden.

Die Anerkennung von deutscher Seite einer Schuld an die Entente in einer Höhe, von der unsere Regierenden selbst wissen, daß sie niemals wird eingetrieben werden können, wird im Herzen des deutschen Volkes die Entmutigung und den Haß wachrufen. Entmutigung, weil man das Ende dieser wirtschaftlichen Klüftung nicht wird erblicken können, Horn wegen der Härte, mit der man behandelt wurde, Wunsch einer Revolution, um einst dieser Klüftung ein Ende zu machen.

Indem Frankreich seine Kriegsforderungen nicht gestrichelt hat, indem es die Wilsonschen Lösungen beibehalten hat, hat es außerdem ein schlechtes finanzielles Geschäft gemacht. Weil wir in die von Deutschland geschuldeten Summen die Familienunterstützungen und die Militärpensionen hineinrechnen, sind Amerika und England veranlaßt worden, dasselbe zu tun, und ihre Forderungen sind auf diese Weise beträchtlich erhöht worden und nehmen daher einen größeren Raum in der allgemeinen Rechnung ein.

Während, wenn man sich an das Prinzip des Präsidenten Wilson gehalten hätte, von Deutschland nur die Wiederzu-

machung der materiellen Kriegsschäden zu verlangen, hätte der Hauptteil der Forderung der Entente nur zumeist dasjenige enthalten, was Frankreich und Belgien geschuldet wird; und da die von Deutschland bezahlte Summe in allen Fällen dieselbe wäre, würde der auf unser Land entfallende Prozentsatz größer gewesen sein. So haben unsere Imperialisten in der Absicht der Formel: „Deutschland wird alles bezahlen“ einen Schein von Bewirklichkeit zu geben, den Interessen Frankreichs geschadet und zugleich für die Zukunft zahlreiche Ursachen von Konflikten und Kriegen geschaffen.

Welche grausame Enttäuschung für die Völker! Und zugleich welche Gefahr! Um uns zu den schlimmsten Opfern zu veranlassen, hatte man vom Krieg des Reiches und vom Frieden der Gerechtigkeit und Ehrlichkeit gesprochen, der durch die Entente verbreitete Friedensvertrag ist die Verneinung aller unserer Hoffnungen. Frankreich und die Menschheit werden die irreparablen und unaussprechlichen Folgen dieses Friedens tragen, um die Revision dieses Friedens zu erzwingen, den die kapitalistischen und imperialistischen Regierenden in verbrecherischer Weise sabotiert haben.

Die deutschen Gegenentwürfe.

Berlin, 27. Mai. Wie verlautet, gehen die deutschen Gegenentwürfe nicht auf alle Einzelheiten der gegnerischen Friedensbedingungen ein. Es geht, das gesamte Friedenswerk auf eine neue Grundlage zu stellen. Gegenüber den rein materiellen Forderungen, die meist in gekünstelten Verwicklungen bestanden, stellt der deutsche Gegenentwurf die organischen Sicherungen auf die Idee des Rechts und auf das Prinzip der Gemeinamkeit aller am Krieg beteiligten Völker. Der Widerspruch, der darin lag, daß vom Deutschen Volk eine ungeheure Summe erhoben werden und ihm zugleich alle Möglichkeiten genommen werden sollte, im Verlauf dieser Konvention wieder stark und konzentrisch zu werden, suchen die deutschen Gegenentwürfe zu beseitigen. Die Vorschläge beginnen mit dem Völkerbund. Der deutsche Entwurf enthält die grundsätzliche Zustimmung zu der Bestätigung des deutschen Geistes auf 100.000 Mann und bietet auf die Abrüstung sämtlicher Vorkriegsflotten an unter der Voraussetzung, daß dem deutschen Volk ein Teil der für seine Existenz unentbehrlichen Handelsflotte zurückgegeben werde. An die Spitze der territorialen Fragen wird der Grundbesitz gestellt, daß keine territoriale Veränderung stattfinden darf ohne Befragung der von ihr betroffenen Bevölkerung, daß jedoch jede territoriale Regelung im Interesse und zugunsten der beteiligten Bevölkerung getroffen werden muß; drückt, daß es sich um für unüberwindliche nationale Überlegungen handeln muß. Von diesem Grundgedanken wird die Abtretung Oberschlesiens mit Niederschlesien abgelehnt. Das gleiche gilt für die Ansprüche auf Ostpreußen, Westpreußen und vor allem für Memel. Was Danzig angeht, so wird der konkrete Vorschlag gemacht, einen Freistaat in Danzig zu schaffen, der Neutralisierung der Weichsel zuzustimmen und den Polen völlige Gleichberechtigung in der Benutzung der Verkehrsverbindungen zu gewähren. Die besetzten Gebiete sollen innerhalb sechs Monaten stufenweise geräumt sein. In Bezug auf die Kolonien geht der deutsche Vorschlag dahin, falls der Völkerbund zustande kommt, in den Deutschland sofort als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen werden soll, Deutschland die Verwaltung der Kolonien nach den Grundsätzen des Völkerbundes zu übertragen, gegebenenfalls als dessen Mandatar. Die Strafbestimmungen werden abgelehnt, da nach den gegnerischen Vorschlägen die Militären Klüftung und Klüftung zu gleicher Zeit wären. Der Vorschlag eines neutralen Gerichtshofes, der alle abstrakten Streitigkeiten der Geister und Brände des Krieges aburteilen soll, wird abgelehnt.

Was die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen angeht, so berücksichtigt die deutschen Gegenentwürfe in jeder Hinsicht die Bedürfnisse und Anforderungen der Militären, besonders Belgiens und Nordfrankreichs, und vorschlagen man, Sicherungen und Wege zu schaffen, um diesen Bedürfnissen überhaupst genügen zu können. Deutschland erklärt sich bereit, bis 1926 monatlich 10 Milliarden Goldmark zu zahlen und vom 1. Mai 1917 ab jährliche Abzahlungen in zinsfreien Raten mit der Maßgabe, daß die gesamte feststehende Schuldlast in keinem Fall den Betrag von 100 Milliarden Goldmark übersteigen soll, zu leisten, hierin eingerechnet sowohl die Leistungen an Belgien, wie die bereits erwähnten 20 Milliarden Mark in Gold. Diese finanziellen Sicherungen sollen aber im Zusammenhang mit den territorialen Fragen. Deutschland nahm die Verpflichtung auf sich, allen Schaden zu ersetzen, der der Zivilbevölkerung der Militären in den besetzten Gebieten von Frankreich und Belgien und ihrem Eigentum durch den Anmarsch Deutschlands zu Wasser, zu Lande und in der Luft zugefügt wurde, unter der Voraussetzung und auf der Grundlage eines demontierten Reiches. Tritt eine Verminderung des Reichsgebietes ein, so muß auch die Schadenersatzsumme entsprechend herabgesetzt werden. Der mit der Bestimmung der Schäden beauftragte Kommission des Reparations soll eine deutsche Kommission beigegeben werden, die sich mit ihr zu einigen hat; im Falle der Nichtvereinbarung entscheidet ein gemeinsames Schiedsgericht unter neutralem Vorsitz. Als weitere Voraussetzung

der Zahlungsmöglichkeit ist anzusehen, daß Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit einen bestimmten Prozentsatz der gesamten Reichserlöse als Annuität zu zahlen hat, daß keine Verminderung des Reiches eintritt, die nicht eine Folge des Selbstbestimmungsrechts ist, daß ihm bei Wiederaufnahme seiner internationalen Beziehungen die Wiedervereinigung der Kolonien nicht verweigert wird, daß ihm eine hinreichende Handelsflotte verbleibt, und daß es ihm gelingt, die aus dem Reichsgebiet entfernten Vermögen auf dem Wege internationaler Rechtshilfe zur Besteuerung heranzuziehen.

Versailles.

Versailles, 30. Mai. Nach dem „Temps“ hat der Vierzerrat gestern vormittag eine kurze Sitzung abgehalten. Am Nachmittag hat er sich wiederholt vereint, um Kenntnis von den bereits übergebenen Teilen der Gegenentwürfe zu nehmen. Wie der „Temps“ meldet, ist in der Adriafrage ein Einverständnis erzielt worden. Präsident Wilson hat seine Zustimmung zu dem Arrangement gegeben, das auch Orlando angenommen hat. Das Abkommen bezieht u. a. die Stadt Triume außer der Vorstadt und der Zirkelstadt mit dem wälsch angrenzenden Gebiete einen unabhängigen Stadtstaat bilden, der unter der Regide des Völkerbundes gestellt wird.

Die deutsche Gegenforderung.

Berlin, 28. Mai. Zu der Meldung, Deutschland habe eine Gegenforderung von 13 Milliarden Goldmark gestellt, bemerkt die „Deutsche Allg. Ztg.“: Die Gegenforderung dürfte sich auf die Zeit seit Abschluß des Waffenstillstandes beziehen, da Deutschland mit der Besetzung der Rheinränderlande und mit der Auslieferung der Kriegskasse u. s. w. kampfunfähig geworden war, habe die Blockade aufgehört, ein Kriegsmittel zu sein, sondern sei nichts anderes, als ein unzulässiger politischer Zwang zur Annahme des Diktatfriedens.

Erweiterung der Besatzungszone auf 80 Kilometer.

L. A. Mainz, 28. Mai. Die Militärbehörde, die den Nachschub für das Besatzungsheer leitet, erhielt den Befehl, daß im Falle einer weiteren Besetzung Deutschlands die Besatzungsarmee 80 Kilometer weiter auf der rechten Rheinseite ausgedehnt sei. Die englischen Truppen werden dann das gesamte Industrie- und Ruhrkohlengebiet besetzen. Zu diesem Zweck wurden bereits 600 englische Ingenieure und Techniker zur Besprechung nach Köln berufen. Alle Weisungen im besetzten Gebiet sind zurückgezogen und die bereits abgereisten Urlauber erhielten telegraphische Rückmeldung.

Proteste der Arbeiterparteien.

Versailles, 28. Mai. Das nationale Komitee der „Confédération generale du Travail“ erörterte gestern nachmittags nochmals das Friedensproblem und nahm schließlich mit allen Stimmen gegen 2 Entschlüsse einen Antrag an, in welchem erklärt wird, daß der Vertrag eine Verneinung des Selbstbestimmungsrechts der Völker sei, annehmen, die Verpflichtung bezüglich der Gesellschaft der Nationen vorzuziehen, zu dem alten Bündnisystem zurückzukehren, die allgemeine Abrüstung unmöglich machen, den Kolonialismus fortsetzen, daß ihm jedes internationale Finanzsystem fehle, daß ihm ein wirtschaftlicher Internationalismus fehle, daß er den Wirtschaftskrieg und die Blockade fortsetze, daß jede wahre internationale Arbeiterpartei fehle. Das nationale Komitee verlangt schließlich eine Neuüberlegung des Friedensvertrages und erklärt, daß getreu den Grundsätzen eines Friedens der Freiheit und Gerechtigkeit die Arbeiterklasse Frankreichs entschlossen sich verpflichtet, sowohl durch eine nationale Aktion wie durch gemeinschaftliche Anstrengungen mit den Arbeitern anderer Nationen auf die Verwirklichung eines wahren Völkerfriedens hinzuwirken. Die Delegation der französischen Gewerkschaften wird diesen Standpunkt auf der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam vertreten.

Was die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen angeht, so berücksichtigt die deutschen Gegenentwürfe in jeder Hinsicht die Bedürfnisse und Anforderungen der Militären, besonders Belgiens und Nordfrankreichs, und vorschlagen man, Sicherungen und Wege zu schaffen, um diesen Bedürfnissen überhaupst genügen zu können. Deutschland erklärt sich bereit, bis 1926 monatlich 10 Milliarden Goldmark zu zahlen und vom 1. Mai 1917 ab jährliche Abzahlungen in zinsfreien Raten mit der Maßgabe, daß die gesamte feststehende Schuldlast in keinem Fall den Betrag von 100 Milliarden Goldmark übersteigen soll, zu leisten, hierin eingerechnet sowohl die Leistungen an Belgien, wie die bereits erwähnten 20 Milliarden Mark in Gold. Diese finanziellen Sicherungen sollen aber im Zusammenhang mit den territorialen Fragen. Deutschland nahm die Verpflichtung auf sich, allen Schaden zu ersetzen, der der Zivilbevölkerung der Militären in den besetzten Gebieten von Frankreich und Belgien und ihrem Eigentum durch den Anmarsch Deutschlands zu Wasser, zu Lande und in der Luft zugefügt wurde, unter der Voraussetzung und auf der Grundlage eines demontierten Reiches. Tritt eine Verminderung des Reichsgebietes ein, so muß auch die Schadenersatzsumme entsprechend herabgesetzt werden. Der mit der Bestimmung der Schäden beauftragte Kommission des Reparations soll eine deutsche Kommission beigegeben werden, die sich mit ihr zu einigen hat; im Falle der Nichtvereinbarung entscheidet ein gemeinsames Schiedsgericht unter neutralem Vorsitz. Als weitere Voraussetzung

Was zuerst auffällt, ist die Dauer der wirtschaftlichen Klüftung, die die Entente Deutschland auferlegen gedenkt. Ich glaube nicht, daß im Laufe der Geschichte ein Sieger jemals für eine so lange Zeit so schwere Verpflichtungen vom Besiegten erzwingen hat. Um die Bezahlung dieser Schulden und die Ausführung der auferlegten Bedingungen zu sichern, ist die Bezahlung mit all ihren Kosten und all ihren Gefahren von Konflikten der viel sichereren Wirkung eines wirklichen Völkerbundes vorgezogen worden.

Indem Frankreich seine Kriegsforderungen nicht gestrichelt hat, indem es die Wilsonschen Lösungen beibehalten hat, hat es außerdem ein schlechtes finanzielles Geschäft gemacht. Weil wir in die von Deutschland geschuldeten Summen die Familienunterstützungen und die Militärpensionen hineinrechnen, sind Amerika und England veranlaßt worden, dasselbe zu tun, und ihre Forderungen sind auf diese Weise beträchtlich erhöht worden und nehmen daher einen größeren Raum in der allgemeinen Rechnung ein.

Während, wenn man sich an das Prinzip des Präsidenten Wilson gehalten hätte, von Deutschland nur die Wiederzu-

Der Zahlungsmöglichkeit ist anzusehen, daß Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit einen bestimmten Prozentsatz der gesamten Reichserlöse als Annuität zu zahlen hat, daß keine Verminderung des Reiches eintritt, die nicht eine Folge des Selbstbestimmungsrechts ist, daß ihm bei Wiederaufnahme seiner internationalen Beziehungen die Wiedervereinigung der Kolonien nicht verweigert wird, daß ihm eine hinreichende Handelsflotte verbleibt, und daß es ihm gelingt, die aus dem Reichsgebiet entfernten Vermögen auf dem Wege internationaler Rechtshilfe zur Besteuerung heranzuziehen.

Die deutsche Gegenforderung. Berlin, 28. Mai. Zu der Meldung, Deutschland habe eine Gegenforderung von 13 Milliarden Goldmark gestellt, bemerkt die „Deutsche Allg. Ztg.“: Die Gegenforderung dürfte sich auf die Zeit seit Abschluß des Waffenstillstandes beziehen, da Deutschland mit der Besetzung der Rheinränderlande und mit der Auslieferung der Kriegskasse u. s. w. kampfunfähig geworden war, habe die Blockade aufgehört, ein Kriegsmittel zu sein, sondern sei nichts anderes, als ein unzulässiger politischer Zwang zur Annahme des Diktatfriedens.

Erweiterung der Besatzungszone auf 80 Kilometer. L. A. Mainz, 28. Mai. Die Militärbehörde, die den Nachschub für das Besatzungsheer leitet, erhielt den Befehl, daß im Falle einer weiteren Besetzung Deutschlands die Besatzungsarmee 80 Kilometer weiter auf der rechten Rheinseite ausgedehnt sei. Die englischen Truppen werden dann das gesamte Industrie- und Ruhrkohlengebiet besetzen. Zu diesem Zweck wurden bereits 600 englische Ingenieure und Techniker zur Besprechung nach Köln berufen. Alle Weisungen im besetzten Gebiet sind zurückgezogen und die bereits abgereisten Urlauber erhielten telegraphische Rückmeldung.

Proteste der Arbeiterparteien. Versailles, 28. Mai. Das nationale Komitee der „Confédération generale du Travail“ erörterte gestern nachmittags nochmals das Friedensproblem und nahm schließlich mit allen Stimmen gegen 2 Entschlüsse einen Antrag an, in welchem erklärt wird, daß der Vertrag eine Verneinung des Selbstbestimmungsrechts der Völker sei, annehmen, die Verpflichtung bezüglich der Gesellschaft der Nationen vorzuziehen, zu dem alten Bündnisystem zurückzukehren, die allgemeine Abrüstung unmöglich machen, den Kolonialismus fortsetzen, daß ihm jedes internationale Finanzsystem fehle, daß ihm ein wirtschaftlicher Internationalismus fehle, daß er den Wirtschaftskrieg und die Blockade fortsetze, daß jede wahre internationale Arbeiterpartei fehle. Das nationale Komitee verlangt schließlich eine Neuüberlegung des Friedensvertrages und erklärt, daß getreu den Grundsätzen eines Friedens der Freiheit und Gerechtigkeit die Arbeiterklasse Frankreichs entschlossen sich verpflichtet, sowohl durch eine nationale Aktion wie durch gemeinschaftliche Anstrengungen mit den Arbeitern anderer Nationen auf die Verwirklichung eines wahren Völkerfriedens hinzuwirken. Die Delegation der französischen Gewerkschaften wird diesen Standpunkt auf der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam vertreten.

Was die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen angeht, so berücksichtigt die deutschen Gegenentwürfe in jeder Hinsicht die Bedürfnisse und Anforderungen der Militären, besonders Belgiens und Nordfrankreichs, und vorschlagen man, Sicherungen und Wege zu schaffen, um diesen Bedürfnissen überhaupst genügen zu können. Deutschland erklärt sich bereit, bis 1926 monatlich 10 Milliarden Goldmark zu zahlen und vom 1. Mai 1917 ab jährliche Abzahlungen in zinsfreien Raten mit der Maßgabe, daß die gesamte feststehende Schuldlast in keinem Fall den Betrag von 100 Milliarden Goldmark übersteigen soll, zu leisten, hierin eingerechnet sowohl die Leistungen an Belgien, wie die bereits erwähnten 20 Milliarden Mark in Gold. Diese finanziellen Sicherungen sollen aber im Zusammenhang mit den territorialen Fragen. Deutschland nahm die Verpflichtung auf sich, allen Schaden zu ersetzen, der der Zivilbevölkerung der Militären in den besetzten Gebieten von Frankreich und Belgien und ihrem Eigentum durch den Anmarsch Deutschlands zu Wasser, zu Lande und in der Luft zugefügt wurde, unter der Voraussetzung und auf der Grundlage eines demontierten Reiches. Tritt eine Verminderung des Reichsgebietes ein, so muß auch die Schadenersatzsumme entsprechend herabgesetzt werden. Der mit der Bestimmung der Schäden beauftragte Kommission des Reparations soll eine deutsche Kommission beigegeben werden, die sich mit ihr zu einigen hat; im Falle der Nichtvereinbarung entscheidet ein gemeinsames Schiedsgericht unter neutralem Vorsitz. Als weitere Voraussetzung

Ein Schießbefehl Hoch bei Grenzübertritten.

An zuständiger Stelle erfahren die R. P. N.: In einem Bescheid des Reichswehrministeriums vom 3. Januar 1919 wird gesagt, daß auf alle Personen, welche die Grenze zwischen dem besetzten Gebiet und der neutralen Zone überschreiten, geschossen werden soll, gleichgültig, ob sie sich schon auf neutralem Gebiet befinden oder nicht.

Frankreich Sozialisten in Berlin.

L. A. Versailles, 28. Mai. Nach einer Meldung der „Times“ aus Berlin traf dort eine Abordnung französischer Sozialisten ein, die mit den Unabhängigen und Kommunisten verhandeln, denen sie gewisse Zugeständnisse der französischen Regierung für den Fall einer Kabinettbildung zusagte.

Amerikanisches Siegesmonument.

Amsterdam, 27. Mai. (W.) Dem „Nieuwe Rotterdammer Courant“ zufolge, ist am 23. Mai in Amerika die Sammlung für eine nationale Spende eröffnet worden. Der Zweck der Sammlung ist, 9 Millionen Dollar zusammen zu bekommen, um mit diesem Geld ein nationales Siegesmonument in Gestalt eines riesigen, 7000 Personen fassenden Gebäudes zur Abhaltung von nationalen und internationalen Versammlungen in Washington zu errichten.

Das französische Paradies.

Immer klarer werden die Bestrebungen der Franzosen, das besetzte Gebiet für den Anschluss an Frankreich zu gewinnen. Nicht nur in der Pfalz wird dahingehend verfahren, sondern auch die Stadt Mainz ist dazu auserkoren. In der dort erscheinenden Wochenzeitschrift „Le Rhin Alsacien“ wird in deutscher und französischer Sprache nachgewiesen, daß der blühende Geschäftsgang in Mainz darauf zurückzuführen sei, daß durch die Besetzung des linken Rheinuferes Mainz vor der Isolation Frankfurt geschützt sei.

Es ist zu durchsichtig, was hier bezweckt werden soll, nämlich nach 15 Jahren sich dauernd von Deutschland trennen. Alle Herrlichkeiten der Welt werden den Mainzern dann lockend vor Augen gehalten. Eine Mustermesse wie die in Leipzig; eine Warenbörse, an der hauptsächlich französische Kolonialwaren gehandelt werden sollen; der Holzhandel für Frankreich und Belgien soll sich hier abwickeln und schließlich wird der Don des Rhein-Main-Donaukanals in Aussicht gestellt.

„Verhält sich die Stadt jedoch passiv und überläßt sie sich den kommenden Ereignissen, so wird sie im Gegenteil nach 15 Jahren mit den letzten französischen Soldaten ihren Platz und ihren Reichthümern verabschieden. Sie wird in den Klagen der Städte verfallen, welche eine glänzende Vergangenheit haben und wo alle Denkmäler von vergangener Pracht liegen, wo jedoch aller Sankel verlogen ist.“

Deutschland kann die Versuchung für den Anschluss an Frankreich nicht mehr betreiben. Der Vormarsch gegen Petersburg. L. A. Stockholm, 28. Mai. Aus Helsingfors wird gemeldet, daß der Anmarsch der bolschewistischen Elemente auf Petersburg eine Massenflucht der Bolschewistenführer zur Folge habe.

Matthias Grünewald in der Karlsruher Galerie.

Die unerhöht hohen Bedingungen, unter denen das deutsche Volk Frieden erhalten soll, nehmen ihm neben vielem anderen auch das berühmteste Werk eines seiner größten alten Meister, den „Hilf mir“ Matthias Grünewalds. In Hildesheim, einem nicht weit von Göttingen gelegenen oberelsässischen Marktstädtchen, bestand seit dem Ausgang des 13. Jahrhunderts eine Niederlassung der Hospitaliten vom hl. Antonius, deren Kirche um das Jahr 1500 in großartiger Weise ausgebaut wurde.

Deutschlands Kunstbesitz wird auf diese Weise einen unermesslichen Schaden erleiden. Für alle, denen Grünewalds Kunst die tiefste Erbauung und Trost bot, ist dieser Verlust ein Schmerz, der nur durch die Tatsache gemildert werden kann, daß zwei nicht mehr minder große Werke des Künstlers unserm Lande erhalten bleiben und ihre unergänzliche Kraft und Schönheit weiter zu jenen Empfänglichen sprechen lassen, denen sie vor vierhundert Jahren gelehrt wurden.

Freilich, jenes Deutschland, aus dessen Tiefe und frommer Anbrunst sie einst empfangen wurden, jenes verinnerlichte jüdische Volk, das noch eines Glaubens fähig war, es ist untergegangen. Hoher politischer Gewaltbündel, militärische Machtorgane, kapitalistische Vergewaltigung und egoistische Ausnützung des Mitmenschen, jüdische Verdrängung aller Rechte von Weltkrieg taumelte sich in dem Deutschland aus, das in den Weltkrieg taumelte. Doch wahrer, kraftvoller heiliger „Deutschtum“ lebte noch in der Seelendee, die all ihren Mitmenschen ein würdevolles freies Brudersdasein sichern wollte, in den von der Größe der sozialistischen Idee ergriffenen Arbeitern.

Und jetzt, durch die Revolution erweckt, hat das alte und zugleich neue, jugendfrische Deutschland sich mächtig erhoben. In der Zeit tieferer Demütigung kann und muß es stolz und frei aufstehen, weil es die Sklavenketten abgeworfen hat, die es einst in sich angefangen ist und willens ist, diesem Egoismus zu entsagen und den Nächsten seine volle Menschenwürde zu geben.

Derem auch die Folge hat, daß die Maßnahmen Lenins zur Verteidigung der russischen Hauptstadt vollkommen unzuführbar sind. Nichtsdestoweniger sind zahlreiche russische Flüchtlinge unter unglücklichen Umständen an der finnischen Grenze angekommen. Eine große Anzahl dieser Flüchtlinge ist hier den finnischen Weihen Gardes zum Opfer gefallen, die alle aus Rußland kommenden Personen ohne Ausnahme als Bolschewisten ansehen und nieder-schießen.

Zur Umbildung der bayerischen Regierung.

Bekanntlich hat der Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie mit überwiegender Mehrheit den Ministerpräsidenten Gen. Hoffmann ermächtigt, die Bildung einer Koalitionsregierung in die Wege zu leiten. Nicht nur in Bayern, sondern darüber hinaus war man im ersten Moment über diesen Beschluß überrascht. Allerdings bei ruhiger Ueberlegung mußte sich jeder sagen, daß wichtige Gründe vorliegen haben müssen, um das sozialistische Ministerium in ein koalitiertes zu verwandeln.

Das bisherige sozialistische Ministerium war wegen der Ablehnung einer Reihe von Parteigenossen, die man durchaus für geeignet hielt, in die Regierung einzutreten, nicht ganz zu belegen. Daß sich heute niemand drängt, das verantwortungsvolle Amt eines Ministers zu übernehmen, ist begreiflich, denn noch nie hat Unverstand, Bosheit und Unverantwortlichkeit weiler Kreise die Regierungsarbeiten so vereitelt, wie dies zurzeit der Fall ist. Hinzu kommt, daß das Ministerium Hoffmann bis zur Erhebung in „letzt“ war. Eine der hauptsächlichsten Ursachen war denn auch die allgemeine politische Lage in Bayern; das weitere, daß die Unabhängigen eine Teilnahme an der Regierung ablehnten. So blieb kein besserer Weg übrig, als der, ein Koalitionskabinett zu bilden.

Die Bedingungen, unter denen die Errichtung eines Koalitionsministeriums ausgehen wurde, sind: Eine sozialistische Mehrheit in demselben, Leitung des Kabinetts von einem Sozialdemokraten, außerdem eine Reihe wichtiger Zugeständnisse hinsichtlich der revolutionären Sicherungen, der ökonomischen und sozialistischen Neuordnung usw. Die Bedingungen lassen erkennen, daß eine fortschrittliche, freiheitliche, demokratische Politik gewährleistet ist und die Arbeitererschaft auf ihre Rechnung kommt.

Zur Auslieferung des Kaisers.

L. A. Basel, 28. Mai. „Daily Mail“ berichtet aus Paris, die Alliierten hätten eine Änderung ihres Beschlusses über die strafrechtliche Verurteilung des deutschen Kaisers und der deutschen Admirale, Generale und Politiker abgelehnt. Dieser Beschluß ist einstimmig gefaßt worden. Auf der Liste der Schuldigen stehen 123 Namen. Die Prozesse sollen innerhalb eines Jahres nach Friedensschluß durchgeführt werden.

Baden.

Die Revolution marschiert!

An die Direktoren der höheren Lehranstalten, die Kreisämter und die Schulordnungsverwaltungen ist folgender Erlass ergangen: Nach einem Beschlusse des Staatsministeriums sollen die an den Dienstgebäuden befindlichen An- und Aufschriften und Wappen, die die Bezeichnung „Großherzoglich“ tragen und die Krone oder sonstige auf die frühere Regierungsform Bezug nehmende Merkmale aufweisen, alsbald beseitigt werden. Maßnahmen sind zulässig, falls die Entfernung nicht ohne Zerstörung architektonischer, künstlerischer oder geschichtlicher Werte möglich ist; hierbei können insbesondere in Stein gehauene, halbgewölbte, in Metall gearbeitete Aufschriften und Zeichen in Betracht, deren Erhaltung auch im historischen Interesse geboten ist.

Die amtlichen Kopfbogen sind nach entsprechender Veränderung auszugeben. Wegen Erhebung von Wäldern der vor kurzem regierenden Fürsten in den Dienstgebäuden wird über Entschädigung ergehen. Soweit solche Wälder einen künstlerischen Wert nicht besitzen, sollen sie schon jetzt aus den Dienst-

räumen, in denen Publikum verkehrt, und aus den Schulzimmern entfernt werden.

Der Reichsminister wird nun zwar in der „Bad. Landeszeitung“ ein fürchterliches Gejammer wieder loslassen, aber es wird ihm wenig nützen: Die Revolution marschiert! Jetzt noch die Lebensmittelnot bekümmern, das Wohnmangeln beseitigen, die Kriegsgewinnler endlich gepakt, mit der Sozialisierung ernst gemacht und dann vor allem: neben den Fürstentümern aus den Amtsstuben auch den alten Geist, der noch liberal darinnen steckt, rauszuwerfen, und wenn der Geist nicht raus will, dann die Männer, die ihn haben, halt ebenfalls mit rauszuwerfen und gründlich auspeitschen. Wenn das alte tote und lebende Inventar draußen ist und dann dem Tüchtigen auf freier Bahn der Einzug gewährt, und dann endlich, wenn alle unsere „denn“ erfüllt sind: dann Baden in Deutschland voran; dann hoch das Mutterland!

Aufforderung der Unabhängigen zum Generalstreik.

Man schreibt uns von besonderer Seite: Nachdem in den letzten Tagen von verschiedenen Seiten auf das gefährliche Treiben der Kommunisten und ihre feberhafte Arbeit für die Errichtung neuer Unruhen und eines Generalstreiks im Anschluß an die Entlassung in der Friedensstraße hingewiesen worden ist, scheint es von besonderem Interesse, feststellen zu können, daß nunmehr auch die Unabhängigen ihre Karten aufzudecken beginnen. Die Monatshefte „Tribüne“ hat dies in ihrer Nummer 70 vom 24. Mai. In einem Artikel, der sich in scharfen Angriffen gegen den Minister des Innern ergeht, wird die Arbeitererschaft offen zum Generalstreik aufgefordert. Es braucht wohl nicht mehr betont zu werden, daß die beabsichtigte und ruhige Arbeitererschaft die Gefährlichkeit dieser systematischen Treibereien von zwei Seiten klar durchschaut und sich, ohne eine flüchtige Antwort zu finden, fragt: Warum und wozu ein Generalstreik?

Im gegenwärtigen Augenblick ein Generalstreik wäre ein Verbrechen und die gewissenlose Tat, die man sich nur denken kann.

Die Veränderungen des Schulgesetzes.

Der Verfassungsausschuß des Landtags besetzte sich in seinem im Laufe der Woche stattgefundenen Sitzungen mit den Änderungen des Schulgesetzes, die durch die neuen Verfassungsbestimmungen notwendig geworden sind. Ein Vertreter des Kultusministeriums legte die im Entwurf stehenden Verhältnisse dar. Zunächst handelt es sich darum, daß nach der neuen Verfassung die Frau dem Manne prinzipiell gleichberechtigt ist und daher alle Bestimmungen fallen müssen, die für die Lehrer gegenüber dem Lehrer eine Ausnahmebeziehung bedeuten.

Der Ausschuß war einstimmig der Ansicht, daß der § 88 des Schulgesetzes, wonach eine Lehrerin nicht erste Lehrerin an gemischten Schulen werden soll, oder an Schulen mit nur einer Lehrstelle nicht verwendet werden dürfen, durch die Verfassung aufgehoben ist. Schwierigkeiten werden durch die Provis gestiftet werden können. Besonders Augenmerk widmete der Verfassungsausschuß der Frage der verheirateten Lehrerinnen. Es handelt sich da vor allem um den § 121 des Beamtengesetzes, nach welchem die Anstellung einer Lehrerin im Falle ihrer Verheiratung widerruflich ist. Bei der Aussprache kam es im Ausschuß zu scharf widersprechenden Meinungen. Die Mehrzahl der Ausschußmitglieder war der Ansicht, daß der § 121 des Beamtengesetzes mit der neuen Verfassung nicht im Widerspruch steht.

Der Verfassungsausschuß stellt sich betr. Gehaltsstariforderungen für die Lehrerinnen auf den Standpunkt, daß diese dem § 11 der Verfassung nicht widerspricht, daß aber bei einer Neuordnung des Gehaltsstarifs hier ganz neue Grundlagen geschaffen werden müssen. Der prinzipielle Unterschied dürfte nicht der zwischen Lehrer und Lehrerin sein, sondern der zwischen ledigen und verheirateten Beamten.

Grundlegende Bedeutung für das Schulgesetz hat der Abt. 3 des § 19 der Verfassung, wonach kein Lehrer wider seine erklärte religiöse Ueberzeugung zur Erteilung des Religionsunterrichts gezwungen werden kann. Der Ausschuß war der Ansicht, daß eine schriftliche Erklärung mit Bezugnahme auf die Verfassung bei der zuständigen Schulbehörde von dem Lehrer abgegeben werden muß, ebenso von dem Erziehungsberechtigten, der wünscht, daß der betr. Schüler am Religionsunterricht teilnimmt.

Die praktischen Schwierigkeiten, die sich besonders für kathol. Lehrer ergeben werden, führen zu einer eingehenden Aussprache.

barren großen Nägeln durchbohrt, strecken, ihre Finger krumppfand zum Himmel und ihre Schreie zuden auf einen bodenlosen Abgrund von Verlassenheit. Das Haupt, mit brutalen Dornenstacheln gekrönt, ist tief auf die Brust gesunken, der halb geöffnete Mund leibt von einem jammern Schreien, in dem ganze Welten von Weh bald ausgegittert haben werden. Aus der geöffneten Seite des verbleibenden Leibes bringen Eiter und Blut und rieseln auf die erdrückten Leiden nieder.

Diesem unermesslichen Leiden stehen zwei Menschen zur Seite, beide erfüllt bis an die Grenze menschlicher Belastbarkeit mit Schmerz: ein erstarrter Schmerz, geküßt und gebrochen, die Mutter Jesu. Und aufsteigend, noch kraftvoll sich aufbaumend, der Jünger Johannes.

Das ist der Christus am Kreuz des Matthias Grünewalds, das Werk, neben dem die meisten anderen Kreuzigungen als fahlig, schwach und spielerisch verfallen. Wer nach diesem Bilde etwa den eleganten, geschliffen und mit am Kreuz hängenden Christus von Rubens sieht, wird sich voll Unbehagen abwenden müssen von dem Erzeugnis eines alten unbehaglichen Bourgeois. Er wird um so tiefer erkennen, daß Grünewald den Geist seines Gezeugten gespürt hat, daß er mit der ganzen gewählten Menschheit leidet, daß er sie zur Verinnerlichung, zum selbstlosen Opfer, zum erlösenden Mitleid aufrufen will.

Diese Bilder, die Kreuztragung und die Kreuzigung Christi, bilden den höchsten, lange nicht genügend gewürdigten und überdies mangelhaft und veraltet geklungenen Schatz der Karlsruher Galerie. Sie waren vom Meister ursprünglich für die Stabkirche von Tauberbischofsheim gemalt worden, wurden in unserer Zeit aber erst 1877 wieder als Arbeiten Grünewalds entdeckt, und zwar im Laden eines feiner verkaufenden Vergolders. Als Reihgabe des Käufers hingen die Bilder dann mehrere Jahre in der hiesigen Galerie. Dann aber erwarb die Stadt Tauberbischofsheim, als sie erfuhr, welcher Wert einst ihr eigen gewesen war, eine Verfügung auf Rückgabe der Bilder. Die Verhandlung, die jene Kleinbild-Vergolder den kostbaren Bildern angedeihen ließ, ist ein wenig rühmlicher Beweis ihres Mangels an Kunstverständnis: Als hätten die Tauberbischofsheimer erst noch beweisen müssen, daß nicht der Künstler, sondern nur der in ihm verkörperte Geldwert ihr Interesse wachte, ließen sie die Tafeln erst in der Kirche, später im Gang des Pfarrhofes wieder zu verkommen. Daß energiegelaste Proteste ihren Gehör verlangten, der ihnen durch den Ankauf durch die Karlsruher Galerie zuteil wurde.

Nichts wäre erfreulicher, als wenn von jenen Künstlern, die den Geist des neuen freien und brüderlichen Menschentums aufleben den Deutschland in sich tragen, keiner es unerkennbar, den machtvollen Verdränger des verinnerlichten alten Deutschland, Grünewald, in einer stillen Stunde aufzusuchen.

Es ist die überhöfliche Verleppung menschlicher Qual, die Grünewald hier zeigt. Alles an diesem geschundenen, gequollenen, blutig-wunden Leibe des Gezeugten kreist in namenlosem Weh, alles von dem in dumpfem Schmerz verkrampften, durchgequollenen Füßen bis zu den Händen. Diese Hände, von furcht-

Eine große Schwierigkeit bietet die Erklärung der Erziehungsberichtigungen einmal für den Fall, daß Vater und Mutter verschiedener Meinung sind und dann, daß im Falle des Todes des Vaters die Mutter erst die Genehmigung des Oberverwaltungsgerichts einholen muß, wenn die religiöse Erziehung geändert werden soll (Bad. Landesgesetz vom 8. Okt. 1860). Der Ausschuß war hier der Ansicht, daß eine Änderung dieser gesetzgeberischen Bestimmungen angestrebt werden müsse. Weiter befaßte sich der Ausschuß mit der Frage: Was soll mit Schülern geschehen, die aus dem bisherigen Religionsunterricht austreten? Man war der Ansicht, daß das Kind nicht gezwungen werden könne, anderweitig einen Religions- oder Sittenunterricht zu besuchen. Diese Fragen sollen in einem neuen Schulgesetz geregelt werden.

Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge. Beim Arbeitsministerium ist entsprechend einer Verordnung der Reichsregierung eine „Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge“ errichtet worden, deren Tätigkeit durch die örtlichen amtlichen Fürsorgestellen bei den Bezirksämtern und den größeren Städten ergänzt wird. Es werden ferner Bezirke gebildet, die sich aus Vertretern der Kriegsbeschädigten, der Kriegsbeschädigtenhelfer, der Unternehmer und der Arbeiter sowie aus dem Gebiet der sozialen Fürsorge erfahrenen Persönlichkeiten zusammensetzen. Die Vorarbeiten sind weitgehend beendet, daß die Hauptfürsorgestelle nach Bewilligung der Mittel durch den Landtag ihre Tätigkeit aufnehmen kann.

Die Gebühren der Bezirksräte. Den Bezirksräten werden künftig die gleichen Gebühren gewährt werden, wie sie für die Mitglieder der Demobilisierungsausschüsse bestimmt sind, nämlich: bei einem Zeitraum bis zu sechs Stunden sechs Mark, bei einem Zeitraum bis zu 24 Stunden zehn Mark und für auswärtige Unternehmungen fünf Mark. Ueber die Erhaltung der Hofanlagen und die anderwärtige Führung ein Zuschlag von 50 Prozent zu den obigen Sätzen.

Grüdingen, 29. Mai. In der Nacht zum Sonntag ist aus der festigen Dorfmitte ein Zuchtstier verschunden. Er ist im Gartengelände hinter der Mühle geschlachtet worden. Dort fand man morgens das Eingeweide mit Lunge und Leber. Von den Tieren fehlt, wie gewöhnlich, jede Spur.

Königsbach, 29. Mai. Der 16jährige Goldschmiedelehrling Philipp Wälde hielt sich bei einem gleichaltrigen Burschen namens Karl Gollgäpel auf, der mit einer Armeepistole spielte. Die Waffe entlud sich und der Schuß verletzete den Wälde sehr schwer.

Kastatt, 29. Mai. Am Freitag früh während eines Gemitters der Altk in den Dachstuhl eines Wohnhauses an der Rheinstraße. Er stürzte jedoch nicht.

Görden (Murgau), 29. Mai. Gendarmen aus Gördenbach stellten bei einer Hausdurchsicht fest, daß zwei hiesige Einwohner, namens Hellstern und Krug, gewildert hatten. Als die Wildstiege beschaffen werden sollten, stellte sich die Einwohnerschaft auf die Seite der Geisellen.

Wülf, 29. Mai. Vor kurzem ist hier eine größere Menge Schnaps, der im Schleihhandel nach Berlin gebracht werden sollte, beschlagnahmt und in dem Keller einer Wirtschaft verwahrt worden. Jetzt ist der größte Teil der Ware gestohlen worden. Man hatte sich auf ein großes Fass ausgedacht, das in der Nacht davon fuhr, ohne daß man ihm auf die Spur kommen konnte.

Nabholz, 29. Mai. Den Grenzwachposten in Steffborn ist es gelungen, die Frau eines höheren deutschen Beamten aus Kemmenhofen festzunehmen, als sie eine beträchtliche Menge Schokolade über den See schmuggeln wollte. Die Verhaftete soll, wie sie laut „freie Stimme“ selbst eingestanden hat, zu verschiedenen Malen etwa 500 Kilo Schokolade und Kleider im Werte von mehreren tausend Franken in einem modernen Schmuggelkahn über die Grenze gebracht haben.

Wannheim, 28. Mai. Ueber das Brandunglück in Ludwigs- hafen wird mitgeteilt, daß 5 Soldaten vermißt werden und 33, meistens schwer, verletzt sind.

Einstellung des unmittelbaren Zugverkehrs zwischen Darmstadt und Frankfurt. Aus Anlaß mehrfacher, durch die durchgehenden Züge verursachten, für die Eisenbahnverwaltung sehr unliebsamen Zwischenfälle muß auf Anordnung der französischen Besatzungsbehörde der durchgehende Zugverkehr durch den Brückenkopf Mainz zwischen Darmstadt und Frankfurt a. M. vom Mittwoch, den 28. Mai an, wieder eingestellt werden. Von diesem Tage an werden die Schnellzüge D 1/1 D 2 Weil-Weinpoltschöhe-Frankfurt a. M.-Weil-Weinpoltschöhe über Dieburg-Oberrodem-Offenbach umgeleitet.

Eisärrisches Hausgerät. Die französische 4. Armee teilt, wie das Wehrministerium V der neutralen Zone bekannt gibt, mit, daß die Rückführung von Hausgerät aus dem Gebiet nach Deutschland augenblicklich gesperrt ist.

Die Gemeindevahlen.

Die Wahl in Aue bei Durlach.
Aue bei Durlach, 28. Mai. Die Wahl zu den Gemeindevorordneten ist vorüber, mit dem Ergebnis von 27 Mandaten für die Sozialdemokratische Partei. Es hätte noch bedeutend mehr für uns herausgeholt werden können, wenn die Arbeiterkraft von ihrem Wahlrecht besser Gebrauch gemacht hätte. Von den Nichtwählern wären uns noch mindestens 60 % zu Gute gekommen; doch können wir mit dem Resultat auch so zufrieden sein. Die Gegner sitzen kein Mittel unversucht, um uns die Wahl zu entziehen, mit Lügen und Verleumdungen suchten sie für ihren Kuddelmuddelbesuch Stimmungen zu machen. Nebenher wurde ein Teil der Arbeiterkraft auf den Schwindeln herein, insbesondere auch die Frauen, trotzdem gerade diese die ganze Zeit am argsten schimpften, über die Wähler, die sich nicht scheuten, für ihre Erzeugnisse Preise zu verlangen, die jeder Beschreibung sparten. Es heißt eben hier mal wieder: Nur die größten Halber wählen ihre Regier selber. Nun heißt es aber für die Arbeiterkraft zu lastloser Arbeit sich aufzurichten, alles Persönliche und Gerügerungen bei Seite zu lassen, damit am Sonntag, 1. Juni, die Gemeindevorwahlen auch zu unsern Gunsten ausfallen. Unsere Gegner werden jetzt wiederum alle Mienen springen lassen, um ihren Zweck zu erreichen. Kann denn ein Arbeiter diesem konservativen Mittelmäßig-Bund seine Stimme geben? Und erst die Frauen! Wie können diese dieser Gesellschaft zu einem Sitz behelfen, die auf ihrer Liste nicht eine einzige Frau hatten? Wir Sozialdemokraten haben den Frauen ohne weiteres eine Vertretung auf dem Rathaus verschafft. Es liegt nun in der Hand der Arbeiter und deren Frauen, dafür zu sorgen, daß auf dem Rathaus nicht rückwärtlich, sondern im Geiste des Fortschritts gearbeitet wird. Nach fünfjährigem Kummer und Elend sollte doch die Arbeiterkraft gelernt haben zu erkennen, wo ihre Freunde sind. Deshalb nochmals: Heran am kommenden Sonntag an die Wahlurne mit dem Sozialdemokratischen Stimmzettel!

Verhauhen, 28. Mai. Bei der am letzten Sonntag stattgefundenen Bürgerauswahl stimmten nur 49 Prozent der Wahlberechtigten ab. Die vereinigten bürgerlichen Parteien erhielten 23 Mandate, die Sozialdemokratie 13, die U. S. P. 1, die Ortsvereine 4. Mit etwas mehr Interesse seitens der Arbeiterkraft hätte mehr erreicht werden können. Hoffentlich ist die Wahlbeteiligung am kommenden Sonntag zur Gemeindevorwahl besser.

Jeder Arbeiter sollte sich der kommenden Aufgaben in der Gemeinde bewußt sein, und am kommenden Sonntag den sozialdemokratischen Stimmzettel abgeben. Gemählt wird von mittags 12-5 Uhr nachmittags.

Wörschbach, 28. Mai. Bei der gestern hier abgehaltenen Wahl der Gemeindevorordneten haben ungefähr 70 % der Wähler abgestimmt. Mit dem Ergebnis kann unsere Partei zufrieden sein. Von 401 abgegebenen Stimmen fielen auf die Liste der Sozialdemokratischen Partei 339 Stimmen, während für die der Bürgerlichen 102 abgegeben wurden, somit erhielt die Sozialdemokratie 24 Sitze, die Bürgerlichen 12 Sitze. Hoffen wir, daß der nächste Sonntag das gleiche Ergebnis bringt. Ferner sei an dieser Stelle bekannt gegeben, daß sich hier ein Sozialdemokratischer Verein gebildet hat, dem zur Zeit 40 Mitglieder angehören. Alle Zuschriften möchten an den Vorstand des Vereins: Johann Albert Weingärtner gerichtet werden.

Zu den Gemeindevahlen in Graben wick und gefürchten: Am besten abgeschnitten hat dabei die Deutschdemokratische Partei, die trotz der schwachen Wahlbeteiligung von knapp 60 % nahezu so viel Stimmen auftrugte wie bei den Nationalwahlen. Die Deutsch-Nationale Partei hat gleich der Sozialdemokratie einen Stimmenrückgang von 50 % zu buchen. Für die sozialdemokratische Partei ist das bezeichnend; während die demokratische Partei 90 % ihrer Wähler an die Urne brachte, haben es unsere Genossen und Genossinnen vorgezogen, der Bequemlichkeit halber lieber zu Hause zu bleiben, und ein Schläfchen zu machen. Es wäre für unsere Partei ein Leichtes gewesen, 14-15 Mandate zu erobern. Oder soll das der Dank sein den Parteigenossen gegenüber, die wöchentlich keine Mühe und Arbeit gescheut haben in den letzten 6 Jahren, die Interessen der minderbemittelten Bevölkerung am Orte zu wahren. Gerade viele Bauarbeiter mit ihren Frauen waren es, die nicht gewillt haben und gerade sie hätten am allermeisten Ursache, der Partei restlos ihre Stimmen zuzuführen, die ihre finanzielle Lage wenigstens für die auf dem Lande Wohnenden in letzter Zeit so günstig gestaltet hat. Sollte das Verstumme am kommenden Sonntag bei den Gemeindevorwahlen nicht nachgeholt werden, so werden wir es erleben, daß eine Partei, die bei den Nationalwahlen nur 5 Stimmen mehr auftrugte als die sozialdemokratische, mit 3 Mandaten in den Gemeinderat einzog, während wir alsdann mit einem Sitze zufrieden sein müssen. Ob die betreffenden Genossen hieraus nicht die Konsequenzen ziehen wird sich dann zeigen. An den Vorbereitungen hat es nicht gefehlt. Die Frauen und Dienstboten der besseren Stände am Orte haben sich nicht getraut zur Wahlurne zu gehen, nur die Arbeiterfrauen blieben zu Hause. Tue jeder Genosse seine Pflicht am Sonntag, aber auch ihren Frauen gegenüber; fahrt dieselben auf, dann wird am nächsten Sonntag das Resultat ein anderes werden. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß der Wahlkampf diesmal ruhiger und sachlicher geführt wurde als in früheren Jahren.

Zu der Bürgerauswahlwahl in Weinarten. Wie bereits gemeldet, steht sich der neugewählte Bürgerauswahls aus 17 Deutschnationalen, 12 Zentrum, 9 Demokraten und 22 Sozialdemokraten zusammen. Die Wahlbeteiligung betrug rund 70 %. Wir können mit dem Wahlausfall zufrieden sein. Das hätte ein besseres Resultat ergeben können, wenn hauptsächlich die jüngeren Leute mehr Eifer und Interesse an dem Tag gelegt hätten. Die Demokraten haben eine erhebliche Enttäuschung erlitten. Eine fieberhafte Tätigkeit hat das Zentrum am Wahltag entfaltet; sie dürften ihre Anhänger ziemlich restlos an die Urne gebracht haben. Der satz, Jünglings- und Jungfrauenverein leisteten unter der Präses-Direktion ganz Hervorragendes in der Schularbeit, damit beweisend, daß diese Organisationen nicht religiös, sondern politische Zwecke zum Ziele haben. Dem neuen Bürgerauswahls stehen große Aufgaben bevor. Unsere Fraktion ist wie bisher bereit, an deren Erledigung mit allen Kräften mitzuarbeiten zum Wohle der Gemeinde.

Ubstadt, 28. Mai. Die Wahlbeteiligung bei der letzten Sonntag stattgefundenen Gemeindevorwahlen betrug auch hier 45-50 %. Stimmzahl: Soz. 131 - 12 Sitze, Wählervereinigten Bürgerliche Partei 244 = 24 Sitze.

Heidelberg, 27. Mai. Bei der am Sonntag, 25. Mai, stattgefundenen Gemeindevorwahlen wurden von 1588 Wahlberechtigten 821 Stimmen abgegeben, davon erhielten Stimmen: Sozialdem. 205, Deutsch-Demokr. 108, Deutsch-National. 332 und Zentrum 89, zwei Stimmen waren unglücklich. Es erhielten Sitze: Sozialdemokratie 12, Deutsch-Demokr. 11, Deutsch-National. 20 und Zentrum 5. Am schlechtesten hat unsere Partei abgeschnitten. Bei den Januarwahlen erhielten wir 431 bzw. 437 Stimmen, die Demokraten erhielten damals 232 bzw. 233, die Deutsch-Nat. 437 bis 424 und das Zentrum 60 bis 71. Obgleich somit alle Parteien einen Rückgang an Stimmen zu verzeichnen haben, ist es doch sehr beklagenswert, daß gerade für die Arbeiterkraft sich am schlechtesten an der Wahl beteiligt hat. Ein großer Teil der Schuld liegt allerdings an den Genossen selbst, an persönlichen Unstimmigkeiten und Nebereien. Wir möchten an alle Genossen die dringende Mahnung und Bitte richten, die gegenseitigen Nebenereien nun im Interesse der Partei und unserer Sache bei Seite lassen und kräftig mitzuarbeiten, damit wir bei den Gemeindevorwahlen ein anderes Resultat erzielen wie heute.

Altheim, 28. Mai. Zu den Gemeindevorwahlen hatten unsere Gegner keine Vorhologlisten eingereicht. Somit sind sämtliche vorgeschlagenen 36 Genossen gewählt. Das Resultat wurde durch die Ortsbehörde bekannt gemacht und es dürfte bei gewissen Herrschaften ziemlich lange Gesichter gegeben haben.

Baden-Baden, 27. Mai. In Dos dürfte die stärkste Wahlbeteiligung bei den Gemeindevahlen in Baden vorgekommen sein, es haben 91 % der Wahlberechtigten abgestimmt. In Dos erhielten die Vereinigte Bürgerpartei 23 Sitze, die fortschrittliche Bürgervereinigung 14, die Sozialdemokraten 6. In Dos müssen entfallen auf die Freie Bürgervereinigung 6, die Vereinigte Bürgerpartei 1 und die Sozialdemokraten 4 Sitze. Die Freunde der Eingemeindung von Dos in Baden-Baden haben damit die Mehrheit erlangt.

Baden-Baden, 27. Mai. Einen günstigen Verlauf nahmen für uns die Gemeindevahlen in Ebersteinburg. Es wurden für unsere Liste 118 Stimmen abgegeben, für die der vereinigten Gegner 172.

Baden-Baden, 27. Mai. Nachdem die einzelnen politischen Parteien des Rathauses sich dahin geeinigt hatten, für die Stadtratswahl und die Wahl des Stadtvorordneten-Vorstandes nur je eine Vorschlagsliste einzureichen, war eine Wahl nicht mehr nötig, da die Vorschlagslisten der einen Liste als gewählt galten. Nach derselben gehören dem Stadtrat 3 Zentrumslitze, 3 Demokraten und 3 Sozialdemokraten, dem Stadtvorordneten-Vorstand 2 Zentrumslitze, 2 Sozialdemokraten und 1 Demokrat an.

Stettin, 29. Mai. Am Sonntag, 24. Mai, fand hier in der Wirtschaft zum „Ramm“ eine öffentliche Versammlung statt. Gen. Vorsitzender Herr Behrer erbat von Offenburg sprach über das Thema: Gemeindevahlen und politische Lage. Seine interessanten Ausführungen schlossen mit einem feurigen Appell an die Wähler der Sozialdemokratie die Stimme zu geben. - Dringender wie je ist es auch hier notwendig, daß das wertvolle Volk geschlossen zusammen steht, um den reaktionären Geist auf dem Rathaus zu brechen und zu zeigen, daß die alte Rathhauspolitik nicht mehr weiter getrieben werden kann. Auch bei der kommenden Bürgervereinerwahl hat die Arbeiterkraft Gelegenheit, ein Wortchen mitzureden und mande Kriegerrfrau hat es nicht vergessen, welche „liebenwürdige Behandlung“ ihr oft auf dem Rathaus bei Vorbringen von Anliegen entgegengebracht wurde. Auch der Herr Ortsgeistliche

kann sich in den neuen Zeitgeist nicht hineinbeugen. Man erkühnt sich sogar, von der Kanzel herab den Kriegern Feigheit und Eibeschuld vorzuwerfen und zu behaupten, sie hätten die Knie ins Korn geworfen und seien Schuld an den jetzigen Zuständen. Diese Hiesbeiden über die Ursachen der Revolution und sein Gesamtgeschehen zeigt zur Genüge, wie sehr diesen Herren die kommende Neuordnung der Dinge auf dem Rathaus in die Knochen gefahren ist. Arbeiter und Handwerker, paßt auf, Wahltag ist Jahrtag!

I. Adern, 27. Mai. Verichtigung. Unsere gestrige Notiz, die Bezirkswahlen betr., ist dahin richtig zu stellen, daß auf das Zentrum nicht 16, sondern sechs Sitze entfallen.

Weiter Ergebnisse der Gemeindevahlen in Baden. Nachstehend geben wir noch folgende weitere Wahlergebnisse wieder: **Welsheim:** Bürgerl. Parteien 20, Sozialdem. 16 Sitze. - **Oberburten:** Zentrum 20, Demokraten und Sozialdemokraten je 8 Sitze. - **Appentweier:** Kompromißliste des Zentrums, der Sozialdemokraten und Demokraten 29 Sitze und 10gen. Bürgerliste 7 Sitze. Wahlbeteiligung knapp 26 Proz. - **Hell a. S.:** Zentrum 16 Sitze, Demokraten und Sozialdemokraten je 10 Sitze. - **Schopfheim:** Sozialdemokraten 20, Demokraten 16, Zentrum 6, Deutsch-Nat. 4 und Bauernvereinigung 3. In Säckingen hat sich das Wahlergebnis zugunsten des Zentrums aus Neffen der Sozialdemokratie etwas verschoben und lautet: Zentrum 38, Demokraten und Sozialdemokraten je 11 Sitze. - **Hartmannen:** Zentrum 20, Demokraten 10 und Sozialdemokraten 21 Sitze.

Bezirks- und Kreiswahlen.
g. Eisingen, 27. Mai. Das Ergebnis der Bezirksrats- und Kreistagswahlen ist für unsere Partei ein recht günstiges. In den Bezirksrat wurden 6 Genossen gewählt und zwar mit 2270 Stimmen. Es sind dies die Genossen Gg. Leppert-Eisingen, Frz. Wehler-Malsch, Friedr. Ginder-Mörich und N. Agenhofer-Neichenbach. Das Zentrum erhielt 5 und die Demokraten 1 Bezirksrat. Für den Kreistag erhielten wir 3 Abgeordnete und zwar die Genossen Jos. Stöhrer-Eisingen, Ad. Burkhardt-Forchheim und Jos. Geiger-Malsch. Das Zentrum erhielt 4 Sitze; die übrigen Parteien gehen leer aus. Wir dürfen mit Befriedigung auf dieses Wahlergebnis zurückblicken. Das allgemeine gleiche Wahlrecht ermöglicht uns, endlich in diesen Körpern unseren Einfluss zu bekommen. Die Orte des Albais brauchen und neben denen derhardt eine ansehnliche Stimmzahl. Aber nicht wollen wir rasen, sondern werbend weiterarbeiten.

Baden-Baden, 27. Mai. Das Resultat der Wahlen für den Bezirksrat und die Kreisabgeordneten ist im Bezirk Baden folgendes: Zentrum 6091, Sozialdemokraten 3238, Demokraten 2384 Stimmen. Es erhalten somit Sitze für den Bezirksrat das Zentrum 5, die Sozialdemokraten 3, die Demokraten 2; für den Kreis das Zentrum 4, die Sozialdemokraten 2 und die Demokraten 1.

Freiburg i. Br., 27. Mai. Bei der Wahl der Bezirksräte und Kreisabgeordneten wurden in Stadt und Land Freiburg (48 Gemeinden) insgesamt 29581 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf das Zentrum 15752, die Demokraten 4149, die Sozialdemokraten 6000, die Deutsch-Nationalen 1612, die Deutsch-Liberalen 1029. Es erhielten im Bezirksrat das Zentrum 9, die Sozialdemokraten 3, an Kreisabgeordneten das Zentrum 9, die Sozialdemokraten 4, die Demokraten 2 Sitze.

Gewerkschaftliches.

Schiedspruch im Buchdruckgewerbe. Die in der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker vereinigte Prinzpalität und Gewerkschaft hat sich über Forderung einer neuen Teuerungszulage und über Ferienvergrößerung in dem dafür zuständigen Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker nicht verständigen können und ist auf Antrag des Reichsarbeitsministeriums ein Schiedsgericht mit der Entscheidung über die strittigen Fragen betraut worden. Dasselbe hat einen Schiedspruch gefällt und soll nach demselben ab 5. Mai in Orten ohne und mit Lokalaufschlag bis zu 5 Prozent den Buchdruckergehältern eine neue Teuerungszulage von 18 %, in Orten mit über 5-10 Prozent Lokalaufschlag 18 % und in Orten über 10 Prozent Lokalaufschlag eine solche von 20 % gewährt werden, zahlbar ab 5. Mai, gültig bis 31. August d. J. An Ferien soll geträgt werden: bei einer Beschäftigungsdauer von 9 Monaten im Betriebe 5 Tage, für jedes weitere Beschäftigungsjahr 1 Tag mehr bis zur Höchstgrenze von 15 Arbeitstagen. Beide Tarifparteien haben dem Reichsarbeitsministerium innerhalb der festgesetzten Frist mitgeteilt, daß sie den Schiedspruch anerkennen.

Zusammenschluß des Bundes techn. Industr. Beamter und des Techniker-Verbandes. In den Tagen vom 25. bis 27. Mai tagten in Berlin der Industrieamtentag des Bundes der techn. industriellen Beamten und der Verbandstag des Deutschen Techniker-Verbandes. Beide Tagungen beschäftigten sich in der Hauptsache mit der Gründung einer neuen Einheitsorganisation der deutschen Techniker. Die Verhandlungen haben zu einer vollen Verständigung geführt. Am 27. Mai, nachmittags, wurde in einer gemeinsamen Tagung der Bund der technischen Angestellten und Beamten gegründet. Er zählt 80 000 Mitglieder und umfaßt insbesondere die Gruppen der Industrietechniker, Bauingenieur, Chemiker, technischen Grubenbeamten und die technischen Angestellten und Beamten im Staats- und Gemeinwesen. Die Satzung der neuen Einheitsorganisation ist auf streng demokratische Grundlage aufgebaut und versucht, soweit es möglich ist, jeden Bürokratismus in den Verbandsvorständen auszuschalten.

Soziale Rundschau.

Kriegsbeschädigtenfürsorge. Aus Eittingen wird uns geschrieben: Den am heutigen Tage, von sämtlichen Kriegsbeschädigtenorganisationen Deutschlands veranstalteten Demonstrationen Kundgebungen zur Erlangung der gestellten Forderungen, schließen sich die Kriegsbeschädigten des Bezirks Eittingen voll und ganz an. Von einer Demonstration wird jedoch abgesehen, daß erst am 23. ds. Mts. eine Protestkundgebung unter Hinzuziehung der Bad. Regierung, sämtlicher Fraktionen, Generalkommandos und Intendantur stattfand. Auch wir verlangen endlich einmal Berücksichtigung unserer von der Wählerseite wie der Reichsregierung als gerecht anerkannten Forderungen. Außerdem protestieren wir gegen entschieden dagegen, daß man unsere einzige Ertrugenshaft der Revolution die Soldatenräte zu einer Rächentommission erniedrigt.

I. Adern, 27. Mai. Am Sonntag den 25. Mai, nachmittags, wurde im Saale zum „Läfen“ die Gründung einer Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigten und Kriegsbeschädigtenhelfer vollzogen. Zum Vorsitzenden wurde Stadtschiffersgasse Neuchel gewählt. Der Ortsgruppe, deren Mitglieder bisher jener von Offenburg angegeschlossen waren, sind über 40 neue Mitglieder beigetreten. Der monatliche Beitrag beträgt 70 Pf. und wird den Mitgliedern vom „Reichsbund“ die monatlich zweimal erscheinende Zeitung „Mittelungen“ gratis geliefert.

Kommunalpolitik.

Kassierer Wünsche an den neuen Amtsvorstand.
 L. Kassat, 8. Mai. Nach wie vor gehört in Kassat die Milch-, Eier- und Fettlieferung zu den traurigsten Kapiteln. Wir waren jedoch schon immer der Überzeugung, daß die Schuld nicht so sehr am Bürgermeisteramt, als am Bezirksamt liegt. Nun wurde ja vor einiger Zeit der Bezirksamtsvorstand verjagt und Herr Geh. Rat Guth-Vender trat an seine Stelle. Dem neuen Amtsvorstand ging aus Karlsruhe der Ruf eines sehr tüchtigen, sympathischen und sozial denkenden Beamten voraus und wir wollen nur hoffen, daß Herr Geh. Rat Guth-Vender alle in ihn gesetzten Erwartungen erfüllen möge. Von einem Kassatter Genossen geht uns folgender offener Brief zu, der an die Adresse des Herrn Geh. Rat Guth-Vender gerichtet ist:

Kassat den 8. Mai 1919.
 Sehr geehrter Herr Amtsvorstand! Sie wollen wissen, warum ich Ihrem Herrn Vorgänger keinen Nachruf widme? Nun, er hat die Bevölkerung des hiesigen Bezirks mit lebenswürdigen Redensarten in hervorragender Weise gepöbel; leider sind von den so Geheilten beim Abschied nicht mehr alle anwesend, denn ein großer Teil ist inzwischen infolge Unterernährung ins bessere Jenseits abgereist.
 Wenn Sie bei Ihrer Ankunft die Bilanz ziehen, so werden Sie vorfinden: Erstens Scherben, zweitens Krümmen, auf denen Sie aufbauen sollen, drittens einen Lebling, welcher, anstatt zweier faumännischer, mit großen Geschäftspunkten ausgestatteten Geschäftsführer, die Geschäfte des Bezirks leitet (berieselte fand zwar bisher gegen die arme Bevölkerung des Bezirks nie den richtigen Ton, jedoch behaupten böse Jungen, daß er gegen die Herren Produzenten die Lebenswürdigkeit selbst gemessen sei).

Was wir von Ihnen erwarten? Wir erwarten von Ihnen: 1. daß Sie sich einmal die Mühseligkeit vom Kommunalverband Kassat-Stadt geben lassen und gegen die Gemeindevorstände, welche nicht mindestens die Hälfte ihrer Mitgliedschaften nachkommen sind, sehr energisch einschreiten, 2. daß Sie insbesondere die Marginal-Industriebevölkerung mit den dringend nötigen Lebensmitteln versehen, daß nicht jeweils der Kommunalverband Kassat-Stadt als Musterbeispiel für Kassat-Land angenommen wird.
 Wie Sie dies machen wollen? 1. Sie nehmen die am Boden schleifenden Bügel selbst sehr energisch in die Hände. 2. Sie verjagen die ausschweifenden Folgeorgane mit genügend Lebensmitteln, denn es soll schon vorgekommen sein, daß auch die so heile Rat leiden und die gleichen Plagen wie gewöhnliche Sterbliche wandeln! Dies dürfte wiederum die Autorität sehr untergraben. Unser Kassatler Parteiblatt hat Ihnen beim Auscheiden aus Ihrem Kassatler Amt einen sehr warmen Nachruf gehalten und auch ich hoffe, daß alle die guten Wünsche, die wir an Sie knüpfen, in Erfüllung gehen!

Ergebenst
 Ihr
 a. Bruchsal, 27. Mai. Heute erhalten wir endlich den so lang verheißenen Speck. Manche behaupten, er wäre geräuchert, andere wieder, er wäre getrocknet; wir setzen auf dem Standpunkt, daß er geizig wäre, aber geizig geizig. In Heidelberg kostete der Speck 8,20 M das Pfund, hier in Bruchsal werden 7 M verlangt. Wie räumt sich das zusammen? Ebenso werden heute Kartoffeln abgegeben, das Pfund zu 45 A, die Kassatler bekommen nurecht um 40 A. Wir aber können dafür mit Genugthuung konstatieren, daß wir englische Kartoffeln erhalten und die Kassatler holländische. Oder sind wir gar beide aufs Eis geführt und bekommen etwa echte deutsche Kartoffeln zu 1a. Auslandspreisen?

Der ehemalige Straßburger Bürgermeister Dr. Schwander schreibe den ihm von sämtlichen Augsburger Parteien angetragenen Augsburger Oberbürgermeisterposten ab, da er bereits eine ähnliche Stellung in einer mitteldeutschen Großstadt in Aussicht hat.

Aus der Partei.

Chemaliger 9. bad. Reichstagswahlkreis. Bezirk: Forstheim, Durlach, Ettlingen, Geroldsbach. Es sei an dieser Stelle nochmals auf die am nächsten Sonntag, 1. Juni, mittags 12 Uhr, im „Goldenen Löwen“ in Durlach stattfindende Kreisversammlung hingewiesen (siehe Inserat vom Mittwoch). Der Vorstand erwartet, daß alle Mitgliedschaften auf dieser Konferenz vertreten sind.
 Annaheimbach, 30. Mai. Samstag abends 10 Uhr findet im Gasthaus zur „Sonne“ eine Versammlung des Sozialdem. Vereins statt, wozu alle Parteimitglieder und Leiter der Parteipresse höflich eingeladen sind. Neben den Parteigenossen werden besonders die neugewählten Bürgerausschussmitglieder um wohlwolliges Erscheinen ersucht.
 Würsch, 28. Mai. Samstag, 31. d. M., abends 1/2 9 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung im „Löwen“ statt. Das Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Zweiter und dritter Beethoven-Sonaten-Abend. Die vier Sonaten, die der zweite Abend brachte, waren eigentlich — drei und noch eine. Diese eine war die 10. Sonate (Op. 98), aus der Zeit der „Sieben“ und „Achten“, ein überaus reizvolles Werk und — etwas für die Geige Josef Reichers. Er gab, wie in den vier vorhergehenden feinste Hilfsarbeit, die aber durchscheitert war von höchster Künstlerkraft. Es sind wirklich Beethovens Sonaten, die er spielt, nicht Violinsonaten „von“ Beethoven. In jedem Vorgesetzten empfinden wir ihn in seiner ganzen Tiefe und auch (in der Frühlingssonate) in seiner ganzen Innigkeit. Das Herausstellen ist bei den drei ersten Sonaten Nr. 4, 5 und 6, die sich in der äußeren Form nicht über das Herkömmliche weit hinausheben nicht eben einfach. Friz Cortolegis ist hier besonders als Künstler am Werk. Sein Spiel ist durch und durch instrumental, er gibt dem Klavier erst den ihm gebührenden Eigenwert. So ist die Klust, die sich zwischen Geige und Klavier aufstaut, in Wirklichkeit nur eine scheinbare. Das zeigte am deutlichsten der dritte und letzte Abend. Bei Josef Reichers stand er wieder unter dem Zeichen seines süßen, vollendet schönen Pianissimo. Die Annäherung von Friz Cortolegis empfand man hier wohlklingend. Der zweite Satz der 8. Sonate (Op. 80, Nr. 3) war hinreichend schön. Voll und warm sprach die Geige an — Töne, die den bedeutenden Meister ahnen lassen. Und die Krönung des Ganzen: Die Kreuzer-Sonate. Eines allerdings empfand man hier, oder glaubte, es zu empfinden: das Instrument Reichers scheint ihr nicht ganz gewachsen; die tiefe Glut und Leidenschaftlichkeit der Kreuzersonate war nicht immer zu führen. Dafür kam alles, was an beiderseitiger Jugendlichkeit in dem Werke latent ist, ergreifend schön und innig zum Ausdruck. Und was oben vom Spiel Friz Cortolegis gesagt wurde, erfüllte sich hier aufs Schönste und zeigte den Vortragenden wieder erstklassigen Beethoveninterpreten. — Reichen Dank konnten die beiden Künstler entgegennehmen und die Anregung dieser Sonaten Beethovens die Mozart folgen zu lassen, wollen wir wärmstens unterzeichnen. s. k.

Wahlschiedsabend Dr. Hoff Moennede. Es war kein „literarischer“ Abschiedsabend, wohl aber der Abschied eines Künstlers, der in ihm seine Persönlichkeit zum Ausdruck brachte. Von den „ernten“ Regitationen, die mit dem Prolog aus dem zweiten Teil des „Rau“ II. Teil bis zu den launigen Ergüssen — Herr G.

Abhingen, 30. Mai. Am Samstag, 31. d. M., abends 9 Uhr, findet im Gasthaus zum „Engel“ eine Mitgliederversammlung des sozialdem. Vereins statt. Parteigenossen, da die Gemeinderatswahl vor der Tür steht, ist es Ehrenpflicht aller Genossen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Auch diejenigen, welche in die Partei eintreten wollen, sind willkommen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 30. Mai.
Bürgermeisterwahlen.
 Ein Zufall will es, daß in diesem Jahre mit der Gesamt-erneuerung des Bürgerausschusses und des Stadtrates auch eine Neuwahl von nicht weniger als 3 Bürgermeistern unserer Stadt notwendig ist, indem die Amtszeit des Oberbürgermeisters Siegrist, sowie jene des 1. Bürgermeisters Dr. Paul und jene des 3. Bürgermeisters Dr. Kleinschmidt abgelaufen ist. Es haben also nicht weniger wie 3 Bürgermeisterwahlen stattzufinden und die Bürgerchaft und deren Vertretung, Stadtrat und Bürgerausschuss, sehen sich vor die schwere Frage gestellt, ob sie die Geschicke der Stadt für die kommenden 9 Jahre den bisherigen Bürgermeistern überantworten wollen, oder ob sie nach der gründlichen Erneuerung der beiden andern Körperschaften auch die eigentliche Stadtleitung erneuern und mit neuen Männern besetzen wollen. Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir aussprechen, daß in der Arbeiterchaft geschlossen und im Bürgertum bei einem beträchtlich großen Teil der Wunsch vorhanden ist, es möge zum mindesten die Stelle des Oberbürgermeisters und jene des 1. Bürgermeisters durch andere Männer besetzt werden. Es hat daher in der Gesamtbürgerchaft großes Erstaunen und Befremden erregt, daß die Wahlen der Bürgermeister vom Stadtrat bereits am nächsten Montag angelegt worden sind; allgemein ist der Eindruck vorherrschend, daß hier eine Ueberrumpelung beabsichtigt ist. Wir möchten deshalb gegen die Art wie hier eine für die Stadt hochbedeutende Angelegenheit erledigt werden soll, entschieden Verwahrung und Protest einlegen. Die Arbeiterchaft und ihre Vertretung auf dem Rathaus wendet sich ganz entschieden gegen das Galoppieren, in dem hier gearbeitet werden soll, und das so grundverschieden ist von dem Tempo, in dem man sonst auf dem Rathaus zu arbeiten pflegt.

Wir sind der Meinung, daß unbedingt eine Veränderung in den leitenden Personen unserer Stadtverwaltung einzutreten hat. Es sei daran erinnert, daß bei der letzten Wahl des Oberbürgermeisters die sozialdemokratische Fraktion weiche Felle abgab, es war damals, vor 9 Jahren, die einzige mögliche Form, um gegen die Wahl von Herrn Siegrist zu protestieren. In den verflochtenen 9 Jahren hat sich nicht ausgehalten, daß die Sozialdemokratie zu einer Veränderung ihrer Haltung gegenüber dem Oberbürgermeister veranlassen könnte. Ohne an die harten Kämpfe erinnern zu wollen, die wir vor 6 Jahren gegen die Verschönerungspläne der Straßenbahn durch den Oberbürgermeister führen mußten, halten wir Herrn Siegrist, trotz aller Anerkennung für seinen Fleiß und seine Loyalität in der Verwaltung der Stadt, nicht für geeignet, die Geschicke der Stadt in der kommenden schweren Zeit des Aufbaues, zu leiten, in der Zeit, in der die Stadt Karlsruhe ihre ganze wirtschaftliche Entwicklung in neue Bahnen lenken wird, wo die Stadt als nummernreiche Grenzstadt eine ganz andere Bedeutung als bisher gewinnen wird, wo sie von der fast reinen Beamtenstadt sich zu einer Industrie- und Hafenstadt entwickeln wird. Da gehört ein Mann der Tat, der Initiative, des kräftigen Vorkommens an die Spitze und kein Bürokrat. — Was den 1. Bürgermeister Dr. Paul betrifft, so darf die kurze Feststellung genügen, daß Herr Dr. Paul durch seine engherige Art der Behandlung der Arbeiterfragen sich das Vertrauen der Arbeiterchaft vollständig verlor. Ein Eintreten der Arbeitervertreter für ihn ist vollständig ausgeschlossen.
 Abgesehen von diesen schwerwiegenden Einwänden, die wir gegen die Wiederwahl der beiden genannten Bürgermeister anführen können, möchten wir aber auch betonen, daß es die Ansicht der Arbeiterchaft und eines großen Teils des Bürgertums ist, daß auch in den Stadtoberhäuptern sich die soziale Schichtung und die Parteigruppierung der Bevölkerung widerspiegeln, daß es vor allem absolut überflüssig und unnötig ist, daß 4 Kurien an der Spitze der Stadt-

verwaltung stehen, daß es weiterhin aber auch nötig ist, daß die stärkste Bevölkerungsschicht, die Arbeiterchaft, durch Stellen eines Bürgermeisters aus ihren Reihen auch in der engeren Stadtverwaltung den ihrer wachsenden Bedeutung entsprechenden Einfluß ausgeübt erhält, wie es in einer großen Zahl anderer Städte bereits der Fall ist. Die Karlsruher Arbeiterchaft erhebt diesen Anspruch hiermit in aller Form.

Wir glauben, die hier angeführten, rein sachlichen Gedanken dürften genügen, um den Stadtrat zu veranlassen, die Wahl des Bürgermeisters auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen, zumal derselbe Wunsch auch von bürgerlicher Seite bereits ausgesprochen worden ist, damit den Parteien und dem Bürgerausschuss eine gründliche Prüfung der gesamten für die Stadt so ungemein wichtigen Fragen möglich ist.

Der Aktionsausschuss zur Einigung des Proletariats veranfaßte Montag abend in der Gewerkschaftszentrale eine Versammlung, zu der die Arbeiter aller Betriebe eingeladen waren. Der Vorsitzende Ries (Mitgl. d. U.S.B.) gab in einem einleitenden Referat vom Bedeutung Ausdruck, daß das Proletariat zur Zeit von einer Art Krampfheit befallen sei, die zur Trennung der Arbeiterchaft geführt habe. Das bedeutet jedoch Stagnation in der Entwicklung und ist ein schweres Hindernis der Revolution. Wenn die Zerstückelung so weiter geht, wird es der herrschenden Klasse gemein gelingen, die Arbeiterchaft zu knechten. In der Arbeiterchaft muß sich deshalb die Erkenntnis herbei, daß dieser Zustand nicht mehr ohne große Gefahr getragen werden kann. Die Einigung muß kommen, und wenn sich die Führer nicht einigen, muß sie über die Köpfe derselben erfolgen. Die Einigung darf an Personen nicht scheitern. Der Bruderkampf muß ein Ende nehmen. Es soll keine sog. Regierungsozialisten, U.S.B.-Deute oder Sparraktionen mehr geben, sondern nur Arbeiterkämpfer, die auf dem Boden des Erfurter Programms stehen. Der Aktionsausschuss wird auf praktische Durchführung des Beschlusses, selbst auf die Gefahr hin, daß er sich in Widerbruch mit der Regierung legt. Redner gab sodann Bericht über die bisherigen Arbeiten der 24gliedrigen Kommission, die derselbe mangels genügenden Interesses der Mitglieder als nicht befriedigend bezeichnete. Eine Erweiterung der Kommission wird nicht zu umgehen sein.

Nach längerer Debatte über den Bericht wurde beschlossen, den Ausschuss auf neuer Grundlage aufzubauen. Es sollen im Laufe dieser Woche in allen Betrieben der Stadt Vertreter von den Arbeitern gewählt werden, wobei auf etwa 100 Arbeiter ein Vertreter kommt. Diese Vertreter sollen eine neue 24gliedrige Kommission auf paritätischer Grundlage wählen, aus der dann der engere Aktionsausschuss zu bilden wäre. Nächsten Montag sollen die paritätischen Betriebsvertreter in der Gewerkschaftszentrale zusammen kommen, wo sich der neue Ausschuss konstituieren soll. Wann soll eine große öffentliche Versammlung in der Festhalle die weiteren Aktionen einleiten.

„Muss das deutsche Volk verzweifeln?“

Die größte heilige und wirkliche Katastrophe der Weltgeschichte hat in der Intelligenz allerhand Geister wachgerufen, Geister, die vor dem zweifellos feststehenden von der Güte und Vollkommenheit der bestehenden Weltordnung überzeugt waren und jetzt von den Ereignissen überrollt werden. Sie sehen, daß der Sozialismus, dem sie nie Gehör abgewinnen konnten, plötzlich da ist. Daß die Durchführung des Sozialismus jetzt beim Leniederlegen der ganzen Wirtschaft auf allerhand Schweregefahren stößt, begreifen sie nicht und man glaubt sie neue Wege und Probleme ansatzlos machen zu müssen, um die Menschheit zu beglücken. Zu diesen gehört auch Herr Dr. G. Stadler, der im Auftrage der „Liga zum Schutze der deutschen Kultur“ am Dienstag abend in der Festhalle einen Vortrag hielt über das Thema „Muss das deutsche Volk verzweifeln?“. Seine fast zwei Stunden dauernden Ausführungen gipfelten in folgenden Sätzen: Das 19. Jahrhundert ist tot und lebt nicht wieder. Der Weltkrieg ist der größte Wunden der Weltgeschichte. Das deutsche Volk ist zumammengebrochen aus verschiedenen Gründen. Frummengebrochen ist erstens kein Glaube an die militärische Macht, zweitens kein Glaube an die Demokratie des Westens beginn. Wilsons und auch seine neueste größte Hoffnung auf die Orientierung nach Osten, den Bolschewismus, wird eine trügerische sein. Verloren hat die deutsche Diplomatie, verlor hat die deutsche Regierung und verlor haben alle Parteien ohne Ausnahme. Wo ist die Rettung? Diese liegt in einer einheitlichen Verweissungsbewertung des deutschen Volkes, in einer Brücke zwischen dem Osten und Westen. Das gesamte Vorkriegswesen geht im Weltkrieg unter, auch die verschiedenen Richtungen der sozialistischen und kommunistischen Parteien. Die neue Wirtschaft wird sich auf großen Arbeitsgemeinschaften aufbauen, z. B. Bergwerksarbeitsgemeinschaft, Eisenbahnarbeitsgemeinschaft, Postarbeitsgemeinschaft usw.
 Möglich, daß Herr Dr. Stadler Recht hat. Aber was ist das andere als Sozialismus? Das Erfurter Programm verlangt ausdrücklich Verwindung der Produktionsmittel, Grund und Boden, Bergwerke, Rohstoffe, Maschinen, Verkehrsmittel in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. Und das kommt. Der Sozialismus ist da und wird unsere einzige Hoffnung sein.

Sozialdem. Bürgerausschussfraktion. Heute abend 8 Uhr Fraktions-Sitzung im H. Rathaus-Saal.

Mitteheim. Am Samstag, den 31. d. M., abends 9 Uhr, findet in der „Friedrichstr.“ eine Versammlung des Sozialdem. Vereins statt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum deutschen Parteitag, 2. Die Gemeindevorstände. Es wird erucht, zahlreich zu erscheinen.
Sandels-Hochschule. Die auf heute Freitag, 30. Mai, verlegte Vorlesung des Herrn Geheimrat Dr. von Ziehlings-Eidenhof beginnt nicht um 8 Uhr, wie ursprünglich angegeben, sondern um 7 Uhr im Aulaum.

Ein Wunsch der Städt. an die Theaterverwaltung. Man schreibt uns: Schon seit einigen Jahren empfindet es, man darf wohl sagen, die ganze Bevölkerung der Städt. als eine Zurücksetzung, daß man dem schon oft geäußerten Wunsch der Errichtung einer Kartenvertriebsstelle für das Bad. Landes-Theater in der Städt. nicht entspricht. Daß diese Einrichtung bei einer Bevölkerungsziffer von rund 30 000 Einwohner einem Bedürfnis entspricht, dürfte ohne weiteres anzuerkennen sein. Und wenn man berücksichtigt, daß in der Kaiserstraße, in unmittelbarer Nähe des Landes-Theaters, schon seit einigen Jahren 3 oder 4 solcher Kartenvertriebsstellen, dicht nebeneinander, angelegt, aufgemacht sind,

Wir sind gewarnt für künftige Fälle. M.

Aktions-Ausschuß zur Einigung d. Proletariats

Der Aktions-Ausschuß Karlsruhe fordert die gesamte Arbeiterschaft aller hiesigen Betriebe und Berufsgruppen auf — zwecks Neubildung und Erweiterung des Aktions-Ausschusses — die **Wahlen der Delegierten und Vertreter** für denselben bis längstens **Montag, den 2. Juni**, vorzunehmen. Die größeren Betriebe wählen auf je 200 Köpfe der Belegschaft 1 Vertreter. Die kleineren Betriebe und Berufsgruppen sollen mindestens durch einen Delegierten vertreten sein. — Die erste

Versammlung

dieses neugewählten Aktions-Ausschusses findet am **Montag, den 2. Juni, abends 7 1/2 Uhr**, in der „Gewerkschafts-Zentrale“, Kaiserstrasse 13, statt, wozu vollzähliges Erscheinen notwendig ist.

Der Aktions-Ausschuß.
I. A.: W. Nies.

Wegen Reinigung bleiben die Haupträume des Grundbuchamts am nächsten **Montag, den 2. Juni**, geschlossen. In dringenden Angelegenheiten werden Anträge auf Zimmer 14 entgegengenommen. 3893
Karlsruhe, 28. Mai 1919.

Grundbuchamt.

Lieferung von Saatkartoffeln betr.

An unsere Besteller, denen wir bisher ihren Bedarf an Saatkartoffeln nicht liefern konnten, geben wir holländische Saatkartoffeln (Prüfkartoffeln) zum Preise von 40 Mk. pro Zentner ab. Die Verteilung findet am 30. ds. Mts., vormittags von 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 7 Uhr, an der Eisenkammer (Eisgüterhalle) statt.
Die Auswahl b. Kartoffeln insbesondere Prüfkartoffeln, kann ohne Bedenken noch bis gegen Mitte Juni vorgenommen werden. Es soll deshalb niemand verfallen, die noch benötigten Saatkartoffeln abzunehmen und auszuliegen. 3847
Karlsruhe-Mühlpurr, den 27. Mai 1919.

Stadt-Landwirtschaftsamt.

Gras-Versteigerung

Am **Montag, den 2. Juni 1919**, wird das Heugras (Nutzungsberechtigt bis 1. Juli 1919) der Darlar-der Wäflerung gegen Verabreichung öffentlich versteigert. Zusammenkunft vormittags 9 Uhr bei der Abwehr.
Am **Dienstag, den 3. Juni 1919**, wird der Graswuchs (Nutzungsberechtigt bis 1. Oktober 1919) des Gehörn Rauentbach, der vertriebenen Hochwasser-Dämme, Freischlach und sonstigen Weidenflächen in der alten Weid gegen Verabreichung öffentlich versteigert. Zusammenkunft vormittags 9 Uhr beim Dorfseemann. — Abbrüche — frühere Baumühle. 3890

Stadt-Landwirtschaftsamt.

Bettwäsche

(Friedensware)
geeignet für großes Hotel (Neu) umständehalber im ganzen zu verkaufen. Dasselbst einen Brillantschmuck. — Händler verbeten. —
Fran Sofie Sohm
Wilhelmstr. 28 III. 3888

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe.
Am **Montag, den 2. Juni, abends 7 Uhr**, findet im Saal III der Brauerei Schrempf, 28 Idstrasse 16/18 eine

Holzarbeiter-Versammlung

statt. Wir erlauben unsere Mitglieder vollständig und vollständig zu erscheinen. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Zentrale Karlsruhe.

Die Wahl des Delegierten zum 10. Gewerkschaftstages in Nürnberg findet am **Samstag, den 31. Mai, abends von 4 bis 6 Uhr**, in den unten bezeichneten Lokalen statt.

Es ist ein Delegierter zu wählen.

Von unserer Zentrale ist in der letzten Mitglieder-Versammlung der Kollege **Gaukler Karl Bürker** vorgeschlagen worden.

Wahlberechtigt ist jedes Mitglied, das mit seinen Beiträgen nicht mehr als 4 Wochen im Rückstand ist. Ohne Mitgliedsbuch oder Mitgliedskarte darf niemand wählen. Jedes Mitglied ist verpflichtet sich an der Wahl zu beteiligen.

Gewählt wird in folgenden Lokalen:

- im Lokal zum Schlachthof, Durlacher Allee.
- Mittelstadt: zur Schrumpe, Durlacherstraße.
- Mittelstadt: zur Stadt Forstheim, Kreuzstr.
- Städt: zum Kloster-van, Schützenstraße.
- Weststadt: zur Palme, Lessingstraße.
- Mühlburg: zum Anker, Ecke Rheinstraße.
- Ettlingen: zum wilden Mann. 3882

Die Ortsverwaltung.

Freie Turnerschaft Karlsruhe

Turnstunden.

Männerabteilung: Städt, Landschule (Schützenstraße) Dienstag und Freitag.

Mittelstadt, Karl-Wilhelm-Schule, Dienstag und Freitag.

Weststadt, Gutenberg-Schule (Rellensstr.), Dienstag und Freitag.

Mühlburg, Hardt-Schule (Hardtstraße), Dienstag u. Donnerstag.

Mittwoch, Mittwoch.

Mühlburg, Hardt-Schule (Hardtstraße), Montag.

Die Turnstunden sind in allen Abteilungen jeweils von 7-9 Uhr abends.

Schüler bzw. Schülerturnen tunen in allen Abteilungen von 7-9 1/2 Uhr abends.

Am zahlreichsten Besuch der Turnstunden wird gebeten. Anmeldungen werden in den Turnstunden angenommen.

Der Turnrat.

NB. Jeden Montag von 7-9 1/2 Uhr Schwimm-Abend im Bierortbad. 3880

Rastatt. Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer, Hinterbliebene!

Am **Samstag, 1. Juni**, nachm. 7:30 Uhr findet im „Linden“-Saal eine

Öffentliche Versammlung

statt. Thema:

„Die sozialpolitischen Forderungen der Kriegsbeschädigten u. Hinterbliebenen“

Referent: Gauklerretär Oberle (Karlsruhe).

Freie Ansprache! Freie Ansprache!

Kriegsbeschädigte, Hinterbliebene, erscheint in Massen. 3905

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, ehem. Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen Bezirksvereinigung Rastatt.

Kaninchenzucht-Verein Karlsruhe (Stammverein).

Samstag, den 31. Mai und Sonntag, den 1. Juni 1919 findet im Saale des Schrempf'schen Bierkellers, Beierheimerallee 18-20 eine

Kaninchen- u. Produkten-Ausstellung

verbunden mit Prämierung und Verlosung.

Günstige Gelegenheit zum Ankauf von Jung- und Jungtieren. 3896

Eröffnung Samstag Mittag 1 Uhr. Es ladet ein Der Vorstand.

Mahregeln gegen die Pferde-Feuchen betr.

Das Ministerium des Innern hat eine tierärztliche Untersuchung sämtlicher Pferde, Esel, Maultiere und Maulesel angeordnet. Diese Untersuchung wird in hiesiger Stadt zur Vermeidung von Störungen der Betriebe der Pferdebesitzer am

Samstag, den 1. Juni 1919, 7 Uhr morgens beginnend von 2 Uhr an Statt stattfinden. Die Pferdebesitzer werden hiermit angewiesen, ihre Pferde, Esel, Maultiere und Maultiere bis nach erfolgter Untersuchung, die sich über Mittag hinziehen kann, mit dem zur Verfügung nötigen Personal bereit zu halten. 3895

Karlsruhe, den 28. Mai 1919.

O. 173. Bezirksamt. Polizeidirektion.

Bekanntmachung

über die Viehzählung am 2. Juni 1919.

Am 2. Juni 1919 findet im ganzen Deutschen Reich eine Viehzählung statt. Sie erstreckt sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Ferkel und junge Kaninchen (Stallfähen).

Die Zählung wird durch die Schutzmännschaft von Haus zu Haus vorgenommen. Jeder, der Vieh im Gebäudefraum hat, ist verpflichtet, seinen Bestand dem Schutzmännchen anzugeben. Personen, die Vieh besitzen, aber b. 6. Juni danach nicht befragt sein sollten, sind verpflichtet, ihre Bestände schriftlich oder mündlich dem hiesigen Statistischen Amt, Bahnhofsstraße 98, oder dem Gemeindeverordneten der Vororte am 7. Juni mitzuteilen.

Wer zur Anzeige verpflichtet ist, sie aber nicht rechtzeitig oder unrichtig erstattet, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk. bestraft. Karlsruhe, den 28. Mai 1919. 3901

Das Bürgermeisteramt.

Reinigung der Wasserrohrstränge.

Vom **Samstag, den 24. Mai**, abends, bis **Samstag, den 31. Mai**, 1919, wird die mechanische Reinigung des Wasserrohr-Druckstranges, der vom Hochbehälter (Kauterberg) durch die Neue Bahnhofstraße, Zollstraße, Gartenstraße, Weidenbrennerstraße, Poststraße bis zur Kaiserallee zieht, sowohl tagsüber, wie auch nachts vorgenommen.

Während der Dauer dieser Arbeiten lassen sich Erhebungen des Wassers auch in entfernteren Rohrleitungen nicht vermeiden; zeitweiliges Ausbleiben des Wassers, namentlich in den höher gelegenen Stockwerken, ist nicht ausgeschlossen. 3466

Karlsruhe, den 12. Mai 1919.

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Handels-Hochschul-Kurse.

Die auf **Freitag, den 30. Mai**, verlegte Vorlesung des Herrn Geheimrat Dr. von Zwiedineck-Südhorst beginnt nicht um 8 Uhr wie ursprünglich angegeben, sondern um **7 Uhr** im Aulaubau. 3894

Das Kuratorium.

Städtische Verkaufsstellen.

Die Städtische Verkaufsstelle

Kriegsstrasse Nr. 80

wird am **Freitag, den 30. Mai 1919** geschlossen. Für die nächsten Tage erfolgt die Erlösung der „F“-Marken, der Lebensmittelmarken für Mutter und Kind und der Zulassmarken für Kranke, nur in der städtischen Verkaufsstelle.

Kaiserstrasse Nr. 74.

Karlsruhe, den 28. Mai 1919. 3902

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Höchstpreise für Gemüse betr.

Gemäß §§ 4 und 7 der Verordnung des Reichs-

kanzlers vom 3. April 1917 über Gemüse, Obst und Süßfrüchte (RGV. 17 Seite 307) und aufgrund der Beratung in der Preis-Kommission werden für Baden für die nachstehend bezeichneten Gemüse bis auf weiteres folgende Erzeugerhöchstpreise festgesetzt:

Erzeugerhöchstpreise das Pfund

Erbsen	28 Pf.
Vohnen (Büschbohnen, Stangen-Büsch-)	
Ve (Hohnen)	30
Büschbohnen	16
Gelberbsen sowie längliche mit Kraut	12
und runde Karotten ohne Kraut	20
Frühlö-Trabi	18
Krautweihkraut	16
Krautwurz	20
Frühlö-Trabi	20

Die vorstehend bezeichneten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes vom August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (RGV. S. 519), der Bekanntmachung vom 22. März 1917 (RGV. S. 253) und der Bekanntmachung gegen Preisverhinderung vom 8. Mai 1918 (RGV. S. 395).

Höchstpreisverletzungen werden auf Grund des § 4 der letztgenannten Bekanntmachung mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen geahndet.

Die Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Karlsruhe, den 14. Mai 1919. 3875

Badische Gemüseverwaltung.

Kartoffel-Lieferung.

16000 Htr. ausländische Kartoffeln sind im Abreisehafen eingetroffen. Die selben werden sofort in sämtlichen Kartoffel-Verkaufsstellen zum Preis von

40 Pfennig für das Pfund

gegen Abgabe der neuen Kartoffelmarken verabsolgt. Die neuen Marken Nr. 113 a, b und 114 a, d gelangen deshalb schon anfangs dieser Woche zur Verteilung. Gegen Abgabe der ganzen Marken 113 und 114 werden (Wochenkopfmengen 3 Pfund)

für 8 Wochen = 25 Pfund

auf einmal abgegeben. Beim Einkauf kleinerer Mengen kann eine Gewähr für spätere Nachlieferung nicht übernommen werden. Bis zur neuen Ernte werden keine Kartoffelmarken mehr ausgeben. Es ist deshalb ratsam, die ganze Menge sofort einzukaufen und diese sich zu behandeln, da weitere Kartoffellieferungen ausgeschlossen sind.

Vorherdem wird an Haushaltungen, welche Zuwachs durch Militärpersonen hatten, dafür aber keine Marken bzw. Kartoffeln erhielten, oder an Haushaltungen, die infolge geringer Weichheit des von der Stadt gelieferten Winterbrotens einen Ausfall erlitten,

ein Teil der auf sie entfallenden Menge

im Hof des Kartoffelamts, Kaiserallee 11, ununterbrochen von 8-4 Uhr, abgegeben. Zur genauen Kontrolle ist die Lebensmittel-Ausweisliste mitzubringen; ohne dieselbe können Kartoffeln nicht verabsolgt werden.

Karlsruhe, den 28. Mai 1919. 3830

Städt. Kartoffelamt.

Gesucht werden:

- 10 Zimmerleute 3846
- 3 Hammer Schmiede
- 1 Glasschleifer
- 4 Eisenhobler } mit
- 4 Stoßer } Zeugnissen

10 Holzfäser nach auswärtig

Städt. Arbeitsamt

Zähringerstraße 100.

Darlehen

erhalten Leute aller Stände von Mk. 50.— an gegen verschiedene Sicherheiten (Gütern, Möbel etc.) mit monatlicher oder vierteljährlicher Raten-Abzahlung. (Bei Anträgen, Kuponporto beilegen). Diskretion zugesichert.

Mittelbadische 2692

Privat-, Spar- und Darlehens-Kasse,

Karlsruhe, Postfachstr. 26. Tel. 1056.

Stärke Wäsche

wird wieder in normaler Lieferfrist besorgt.
Dampf-Waschanstalt Schorpp.

- Annahme-Stellen in Karlsruhe: 2903
- Kaiserallee 37, Schillerstrasse 19, Gabelsbergerstrasse 1, Amalienstrasse 15, Rheinstrasse 13, Ecke Kurven- und Augustastrasse, Kaiserstrasse 34, Kaiserstrasse 243, Wilhelmstrasse 33, Bernhardstrasse 3, Ecke Ludwig-Wilhelmstrasse, Worderstrasse 32.
 - Baden-Baden: Lichtentalerstr. 15, Bruchsal: Wörthstrasse 6.
 - Durlach: Hauptstrasse 15, Heidelberg: Plöck 30.
 - Pforzheim: Zerronnenstrasse 19, Rastatt: Poststrasse 6.